

Annoncen:
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wihelsstr. 17)
bei G. H. Ullrich & Co.
Leipziger Straße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissend,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Posen-Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 121.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 18. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschaltete Zeitung oder deren Raum, Anklamten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Die „Freiheit der Kirche“.

Bei der letzten Verathung des Kultusrats im preußischen Landtage, wurde u. A. auch die „Freiheit der Kirche“ von den Borkämpfern der päpstlichen Hierarchie und einem Vertreter der orthodox-lutherischen Richtung wieder mit besonderem Nachdruck gefordert. Nach den gehörten Klagen und Streitreden muß man wohl fragen: ist denn die katholische oder evangelische Kirche von dem preußischen Staate etwa in ihrer Freiheit beschränkt, werden ihr irgend welche Rechte gewaltsam vorenthalten? Gewiß nicht, die Verfassung gewährt jedem preußischen Staatsangehörigen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit; jeder ist unbedrängt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Ausübung seiner Religion, und in der Praxis wird auch keine Konfession vom Staate irgendwie beeinträchtigt.

Was wollen nun die Streiter mit ihrer Forderung: „Freiheit der Kirche“? — Das blendende Schlagwort „Freiheit“ ist eben weiter nichts als eine Umhüllung für das Streben der Hierarchie nach der Oberherrschaft der Kirche über den Staat selbst, sie will die unbedingte Freiheit für sich, welche die Tyrannie des Einen für die Uebrigen bedingt. Die Kirche, wenigstens die päpstliche, die wir hier ins Auge fassen, leugnet die Gewalt des Staates und möchte diese in ihre eigenen Händen konzentrieren; sie beansprucht für sich die Freiheit, ihren Angehörigen zu gebieten, daß sie ohne Rücksicht auf die Staatsgesetze den kirchlichen Gesetzen unbedingt gehorchen.

Ja, das verstehen die klerikalen Worführer unter ihrer „Freiheit der Kirche“. Eine solche Forderung, die dem modernen Staatsbegriff als revolutionär und der gegenwärtigen Zivilisation als Tyrannie erscheinen muß, ist nur zu erklären als historische Auffassung und Konsequenz der früheren päpstlichen Machtposition in einer völlig anderen Weltordnung und anderer Weltanschauung. Das Papstthum glaubt oder will glauben machen, daß jene vorzeitige höchste Machtposition als eine formelle Rechtsbasis für alle Zeiten betrachtet werden müsse. Wir wollen unerörtert lassen, auf welche Art und Weise das Papstthum zu jener schwundenden Höhe sich emporgeswungen, wie die Gewalt dieses Papstthums sich in die deutsche Staatsordnung drängte, unser heimatliches großes und festes Staatswesen bis in den tiefsten Grund zerrüttete und zu einem ohnmächtigen deutschen Territorium herabdrückte. Die mittelalterlichen Faktoren sind geschwunden, eine neue lebensfähige Autorität hat sich an ihrer Stelle erhoben, welche im Stande ist, die heterogenen Elemente im Staate zusammenzuhalten — der Rechtsstaat. Im Rahmen dieser politischen Schöpfung finden alle berechtigten und geistigen Bestrebungen ein offenes und freies Terrain ihrer Tätigkeit unter gesetzlichem Schutz, vorausgesetzt, daß die Bestrebungen nicht dahin gerichtet sind, die Grundfeuer des staatlichen Baues zu untermühlen.

Die völlig veränderte Staatsordnung, die ganz anderen Anschaunungen und Rechtsgrundsätze einer neuen Epoche, denen gerade der aufstrebende brandenburgisch-preußische Staat im 17. und 18. Jahrhunderts die Bahn in Deutschland erschlossen und welche Preußen zu einer selbstständigen und bedeutenden Fürstentum erhoben haben, die neue Zeit will von der alten Politik der römischen Kirche noch immer nicht anerkannt werden, ihre frühere intensive Macht ist gebrochen, aber sie führt doch noch den Kampf um die Machtfrage in Preußen, wie in allen europäischen Staaten.

Die „Freiheit der Kirche“ nach hierarchischem Begriff birgt also nur die Forderung einer gesteigerten Machtfülle gegenüber der Civilisation und den Grundbedürfnissen eines geordneten Rechtsstaates. Am besten beweisen dies die 21 Canones (Kirchengesetze), welche das letzte römische Konzil feststellte. Mögen die gewandten Worführer der römischen Kirche in den Parlamenten und in der Presse ihre „Freiheit“ noch so harmlos hinstellen und als rechtliche Forderung begründen, die einzelnen Canones, von den Bischöfen beschlossen und allen Gliedern der Kirche als heilige Gebote feierlich verkündet, zeigen uns am deutlichsten, wohin diese „Freiheit der Kirche“ unser Staatswesen zu bringen vermöchte. Bannfluch und Interdikt wirken in unserer Zeit freilich nicht mehr, aber die gefährlichsten Kollisionen und soziale Störungen aller Art wären sicher zu befürchten, wenn der Staat fähig wäre, der „Freiheit der Kirche“ seine Selbstständigkeit unterzuordnen.

Der 4., 5. und 6. Canon des Konzils stöhen die Artikel der preußischen und deutschen Staatsgrundgesetze, welche die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit der Forschung und des Unterrichts gewährleisten, um; sie gefährden das friedliche Zusammenleben verschiedener Konfessionen, ja, sie reizen geradezu den religiösen Fanatismus zu Ausschreitungen auf. Der 12. Canon will, wie Abg. Sybel unter Lachen des Centrums richtig bemerkte, die Zuchtsachen der Kirche wieder zu Ehren und Anwendung bringen. Er lautet:

„So einer sagt: von unserm Herrn und Heilande sei seiner Kirche nur die Gewalt übertragen worden: durch Rath und Ueberredung zu leiten, nicht aber auch durch Ge-

setze zu befehlen, und die Verirrten und die Halsstarrigen durch äußeren Urtheilsspruch und heilame Strafen zu züchten und zu zwingen — der sei verflucht.“

Für die Herren Stöcker und Genossen, welche für die „Freiheit der Kirche“ im evangelischen Sinne plaidieren und die Bestrebungen der Ultramontanen gar freundschaftlich unterstützen, möchte der nächstfolgende 13. Canon einiges Bedenken erregen, der lautet:

„So einer sagt: die wahre Kirche Christi, außerhalb deren Niemand selig werden kann, sei eine andere als die eine heilige katholische und römisch-apostolische — der sei verflucht.“

Die Canones 7, 9, 10, 17 und 21 erniedrigen den Staat zum Knechte der Kirche, berauben seine gegenwärtige Gestaltung ihrer rechtlischen Grundlage, werfen alle Grundsätze der heutigen Zivilisation und gesellschaftlichen Einrichtung über den Haufen oder machen sie von der Gnade der Kirche abhängig; der 11. Canon entzieht die Bischöfe den Staatsgesetzen, ja hebt sie über die Staatsgewalt selbst; die Canones 14 und 16 sanktionieren die schrankenlose Herrlichkeit des Papstes.

Nun denke man sich eine solche „Freiheit der Kirche“, d. h. die staatlich nicht beschränkte Herrschaft der Kirche durch solche Kirchengesetze! Diese 21 Canones oder Verfluchungen sind nur ein wütiger Kampfruf aus der Nacht des Mittelalters gegen den konstitutionellen, den Rechtsstaat der Neuzeit; wer die römische Kirche kennt, der kann sich aber auch sagen, wie diese Art „Freiheit der Kirche“ im hierarchischen Sinne in der Praxis nach den Traditionen des Kirchenregiments ausgelegt und gehandhabt werden würde.

Doch so weit sind wir nicht und werden wir auch nicht kommen. Mag der jetzige Kultusminister die streitbaren Vertheidiger der „Freiheit der Kirche“, die Herren vom Zentrum, auch hin und wieder streichern und mit süßen Redensarten traktieren, immer muß er wieder die höhere Gewalt, die Gesetze des Rechtsstaates in den Vordergrund stellen. Der Kampf, den die Kirche um ihre „Freiheit“ führt, mag noch längere Zeit politische Störungen hervorrufen, aber er wird keinesfalls die allgemeine geistige Strömung für seine Tendenz gewinnen können. Allerdings muß diese Machfrage nach Möglichkeit im Geiste der Zivilisation ausgetragen werden, aber der Staat Friedrichs des Großen kann sich unmöglich beugen, seine reale Freiheit opfern für den Schemen der „Freiheit der Kirche“. Der Staat wird der Kirche, jeder religiösen Gemeinschaft, die ihr gebührende Freiheit innerhalb ihrer Vereinigung lassen und gewähren und nach Außen die Staatsgesetze als einzige Richtschnur für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied gerecht walten lassen, zugleich den Rechtskreis und die Befugnisse der obersten Regierungsgewalt mit aller Kraft wahren. Das ist die einzige und echte Freiheit, welche dem geistigen, sittlichen und materiellen Fortschritte Bahn brechen und damit die Hauptbedingungen des Wohlgergehens und möglichen Fortbestandes eines gesunden Staatslebens erfüllen kann.

S.

Der „Standard“, der bekanntlich zum Cabinet Beaconsfield enge Beziehungen unterhält, schreibt über die deutsche Thronrede:

„Der Schlüssel der Rede des deutschen Kaisers, anlässlich der Wiedereröffnung des Reichstages, ist Frieden. Etlichen wird der Nachdruck, der auf dieses bedeutungsvolle Wort gelegt ist, unerwartet kommen, aber für Federmann wird er willkommen sein.“

Daz sich die Thronrede in so schmeichelhafter Weise über den friedlichen Charakter und die befriedigende Wirksamkeit des Berliner Vertrages äußert, kommt dem Tory Organ äußerst gelegen, und es hofft, die Auslassungen des deutschen Kaisers werden den englischen Liberalen, die neben den Russen die einzigen seien, denen der Berliner Vertrag nicht gefallen, endlich den Mund stopfen. — Der Schluss eines Artikels der „Times“ über denselben Gegenstand lautet:

„Das große Ziel eines deutschen Staatsmannes muß es sein, achtungsvolle und freundliche Beziehungen zu den beiden großen Ländern zu erhalten, zwischen denen das „Vaterland“ liegt; insbesondere zu Frankreich. Die französische Nation kann nicht vernichtet werden, und es würde ein Unheil für die Welt sein, wenn zwei Länder, denen die Zivilisation Europa's so viel verdanke und noch verdanken werde, durch gegenseitige Feindseligkeiten beunruhigt würden. Deutschland wird sicherlich jene Feindschaft nicht heraufbeschwören, und es ist kein Ding der Unmöglichkeit, daß im Verlauf der Zeit die Vorhut in Frankreich den Sieg über die Verlockungen bloßer militärischer Ehre davontrage. Überdies lädt der Hinweis der Thronrede auf die Notwendigkeit, die Gültigkeit des Sozialistengesetzes zu verlängern, auf innere Besorgnisse schließen, die, wenn auch vorübergehenden Charakters, doch sicher durch eine kriegerische Politik vermehrt werden dürfen. Es ist daher im Ganzen aller Grund vorhanden, den Kaiserlichen Versicherungen Vertrauen zu schenken, daß der Einfluß Deutschlands beharrlich zu Gunsten des Friedens ausgeübt werde; und glücklicherweise liegt für den Augenblick kein Anzeichen vor, daß irgend eine andere Nation andere verfolgt.“

Nachdem die „République Française“ erst in diesen Tagen die friedlichen Versicherungen der deutschen Thronrede in gewissen Maße vorher eckomptirt hatte, weist das Organ Gambetta's in einem jetzt vorliegenden Artikel nach, daß eine Friedensstörung

von Seiten Deutschlands sowohl als auch Russlands nicht zu befürchten stehe, und zwar von Seiten des letzteren um so weniger, als das Reich des Zaren durch den orientalischen Krieg viel zu sehr geschwächt sei, als daß es einen Angriffskrieg gegen Deutschland unternehmen könnte. Wir lassen den bemerkenswerthen Artikel seinem vollen Wortlauten nach folgen:

„Aus der vorgesterne“, schreibt die „Rép. Française“, „im deutschen Parlament von dem Grafen von Stolberg-Wernigerode gehaltenen Rede wollen wir nur diejenigen Stellen hervorheben, welche sich auf einen Zustand der Dinge beziehen, deren Tragweite man nach unserer Ansicht übertrieben hat. Die Kriegsverwaltung hat den Nationalvertretern einen Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung des Effektivbestandes der Armeen des deutschen Reiches, übermittelt. Eine Großmacht erweitert nicht ihre militärischen Hilfsmittel, ohne in hohem Grade die Auferksamkeit ihrer Nachbarn zu erregen, und es ist, wie wir mehrfach zu bemerken Gelegenheit hatten, nicht sehr beruhigend, zu sehen, wie sich ein mächtiges Reich bis an die Zähne rüstet, um sich die Wohlthaten des Friedens besser zu sichern. Es erscheint uns aber durchaus nicht als etwas Außerordentliches, daß die Berliner Regierung das Verhältnis ihrer Streitkräfte der Bevölkerungssiffer des Reiches anpaßt will. Wenn wir uns nicht täuschen, hatte Fürst Bismarck zur Zeit des Berliner Kongresses die Vertreter der Mächte nicht in Unkenntnis über dieses Projekt gelassen, und er hatte die Vermehrung des Effektivbestandes unter einem friedlichen Gesichtspunkte dargestellt. Die deutsche Thronrede hat diese privaten Erklärungen mit einer ersichtlich gewollten Emphase betont und die friedlichen Absichten der Regierung hervorgehoben. Sie hat die Vermehrung der nationalen Streitkräfte durch die der fremden Armeen motiviert, freilich ein, wie man zugeben muß, schwaches Argument. Der Kaiser hat aber offenbar die Notwendigkeit empfunden, den Besorgnissen, welche sich von gewissen Seiten fundgegeben haben, durch Worte zu begegnen, deren beruhigender Charakter zu keiner Zweideutigkeit Anlaß bietet.“

Man muß hoffen, daß Diejenigen, welche jüngst eine Besorgniß von sehr zweifelhafter Aufrichtigkeit zur Schau getragen haben, in der deutschen Thronrede Anlaß zu ihrer Beruhigung finden werden. Was uns betrifft, so bedürfen wir dieser Versicherungen nicht, um an den Frieden zu glauben, der sich gegenwärtig allen Mächten ohne jede Ausnahme aufdrängt. Es ist wahr, Europa ist gerüstet, aber ist das nicht seit 1871 der Fall? Wenn zwei benachbarte Mächte, wie Deutschland und Russland, auf der höchsten Stufe der militärischen Bevölkerung angelangt sind, und ihre Beziehungen nicht zufriedenstellender wären, als es diejenigen der beiden Kaiserreiche seit dem Berliner Kongreß gewesen sind, so könnte man äußerste Entschlüsse befürchten. Allein für einen Krieg sind zwei nötig, und wir sehen nicht, von wo der Streit ausgehen könnte. Man kann vernünftiger Weise nicht die Berliner Regierung beargwöhnen, daß sie mit ihren alten Freunden im Norden Händel suchen will (de vous faire chercher noise). Und selbst wenn man diese unwahrscheinliche Hypothese zulassen will, ist es noch schwieriger, anzunehmen, daß Russland in der Lage, in welcher es sich befindet, sich zu einer berechneten Herausforderung herbeigeben würde. Diejenigen, welche der russischen Regierung ohne Weiteres kriegerische Pläne zuschreiben, vergessen, daß die finanziellen und militärischen Hilfsmittel Russlands derartig sind, daß seine Leute nicht daran denken können, sich den Zufällen eines Kampfes auszusetzen. Um Krieg zu führen, braucht man Geld, Kadres und Soldaten. Die russischen Armeen haben mit Mühe in Bulgarien und in Asien über schlecht befahlte und oftmais verrathene Gegner gesiegt. Wie soll man nach dieser Erfahrung annehmen, daß man in St. Petersburg unendlich gefahrsvollere und waghalsigere Pläne hegt?

Wenn es, wie wir annehmen, sehr unwahrscheinlich ist, daß der Friede vom Norden her gestört werde, so begreifen wir nicht, wo der Zwist entstehen könnte. Für mehrere Jahre könnte die Ruhe des Kontinents nicht gestört werden; die Einen sammeln sich, die Anderen arbeiten; Andere wiederum nähren sich mit Chimären und bauen Lüftschlösser. Welches auch ihre Träume, ihre Wünsche, ihre Bestrebungen, ihr Antagonismus sein mögen, sie können des Friedens nicht entrathen, weil derjelbe für die vorbereitenden Arbeiten, für diese dumpfe und unermäßliche Gährung notwendig ist, aus welchen später dann endgültige Gleichgewicht der europäischen Gewalten sich ergeben wird.“

[Die Achal-Tekke-Expedition.] Man schreibt aus St. Petersburg vom 9. Februar: Neben die Achal-Tekke-Expedition, welche als Revanche des vorjährigen Feldzuges am Atrek in Aussicht genommen worden war, es in der letzten Zeit ziemlich still, so daß leichtgläubige Politiker wohl sich zu dem Glauben verleiten lassen konnten, als ob sie aufgegeben sei, während doch dieses Stillschweigen vielmehr nur zu deutlich einen Beweis dafür abgab, wie ernst es die Regierung mit den Vorbereitungen — und das war wirklich nötig, — nahm; und wenn nicht einige Sensationsnachrichten über neue, natürlich siegreiche, Gefechte der Achal-Tekken von englischer Seite ausgesprengt worden wären, so hätte man beinahe auch hier die ganze Sache vergessen. Nun aber tritt sie mit dem Herannahen der guten Jahreszeit wieder in den Vordergrund und das Neueste und Wichtigste auf diesem Gebiet ist die Ernennung des Oberkommandirenden für diesen Feldzug, und zwar ist dies niemand anders als General Skobelev, dessen Name für eine schneidige Kriegsführung bürgt und der das Terrain ziemlich kennt, da er sich bekanntlich seine ersten Vorhaben in Zentralasien erworben hat. Diese Ernennung ist zwar noch nicht publiziert, aber es ist überhaupt fraglich, ob sie offiziell bekannt gegeben wird; jedenfalls hat General Skobelev seine Abreise nach Tschinken bereits für den nächsten Montag festgesetzt und darf selbst nach zwei bis drei Wochen, also etwa nach dem ersten März in St. Petersburg eintreffen. Der Schwerpunkt der Operation ist demnach, wie hieraus ersichtlich, nach dem eigentlichen Turkestan verlegt, und fällt im

Gegensatz zum vorjährigen Feldzug einer Kolonne zu, die von Taschkent über Buchara gegen Merw, also im Rücken der Achal-Tekinen operiren soll und deren Zahl auf mindestens 20,000 Mann angesetzt werden darf. Dass derselben natürlich eine Kolonne von Tschitschyljar aus entgegen in die Hände zu arbeiten bestimmt ist, ergiebt sich aus der Sache selbst, denn eben durch das reciproke Entgegenwirken beider Kolonnen — die von Tschitschyljar ausgehende wird zudem noch durch Truppen von Krasnowodst verstärkt, — rechtfertigt sich erst die Nützlichkeit der Entscheidung einer Kolonne von Taschkent aus; wie sehr aber auf diese das Hauptgewicht der Aktion gelegt worden ist, sieht man daraus, dass der Oberkommandirende bei dieser Kolonne verweilt; da dieselbe den weiteren Weg hat, so dürfte sie ihn bereits Mitte oder Ende März antreten, während die von Tschitschyljar sich etwa 14 Tage später in Bewegung setzen sollen; und es wäre demnach die Vereinigung beider Heersäulen im günstigsten Falle etwa auf Ende Mai in Aussicht genommen. Dass die Tekinen zwischen diesen zwei Feuern und einer so konzentrierten europäischen Kriegsführung gegenüber einen recht schweren Stand haben werden, und die Vorbereitungen sind diesmal recht sorgfältig getroffen, ist ersichtlich; aber auch sonst noch gewährt dieser doppelte Angriff große Vortheile. Eine unmittelbare Störung der Operationen könnte nur von England ausgehen, dem aber in Afghanistan die Hände gebunden sind; nun sind aber von anderen Seiten, vielleicht übertriebener Weise, Befürchtungen über die Haltung Persiens laut geworden, welches die Expedition im Atrekthal — aber auch nur diese — empfindlich stören könnte. Nun aber ist eslich soviel klar, dass Persien sich nicht regen wird ohne direkte Hilfe Englands, die dieses jetzt zu leisten weder eine Möglichkeit, noch einen Grund hat; Subsidien aber würden nicht hinreichen, da Persien den schwersten Repressalien vom Kaufhaus aus schutzlos ausgesetzt wäre, wie es sehr weiß; zudem ist es durch Verpflichtungen an Russland gebunden, welchem es den Erwerb von Bajazid, ohne Schwertreich, im orientalischen Kriege zu danken hat; aber schwerer als diese nur zu leicht gebrochene moralische Verpflichtung wiegt nunmehr der Umstand, dass der Schwerpunkt der Operationen gegen die Achal-Tekinen aus dem Atrekthal, und also aus der Hand Persiens weg in den Rücken der Tekinen verlegt worden ist, und ein Treubruch Persiens nur die Seitenkolonne treffen könnte, während die Hauptkolonne jederzeit auch ihm in den Rücken fallen könnte; und da die persische Regierung dieses sehr gut weiß, so wäre sie selbst widerwillig zur Unthätigkeit verdammt, und das scheint in der That der Hauptvortheil der neuen Kombination zu sein, welche somit in jeder Weise eine ausreichende Garantie für das Gelingen der Expedition zu bieten geeignet ist.

Deutschland.

+ Berlin, 16. Februar. [Das Zentrum und die Regierung. Ans der Verwaltungsgesetzkommission. Welfische Taktlosigkeiten. Vertagung des Landtags.] Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ gesteht in ihrer gestrigen Nummer zu, dass „die Befürchtung einer Annäherung des Zentrums an die Regierung durch das Verhalten des ersten im preußischen Landtag in allen, auch dem Kultuskampfe gänzlich fremden Fragen vollkommen befehigt und im Gegenteil eine Erneuerung der aggressiven Politik des Zentrums zu erwarten ist.“ Das gou-

Konzert.

Posen, den 17. Februar.

Das gestern Abend in Lambert's Saal veranstaltete Apoldische Konzert führte den Namen Extra-Sinfonie-Konzert, da es der plötzlich ermöglichten Mitwirkung des königl. sächsischen Kammer-Virtuosen Friedrich Grützmacher aus Dresden seine Ursprünge und ja auch theilweise sein Programm verdankte.

Über den Menschen und die äusseren Lebensetappen des Künstlers haben wir in unserem Hinweise schon das Wissenswerteste zusammengestellt; gestern war es ja den Besuchern des Konzerts nam auch vergönnt, den schaffenden und wirkenden Künstler selber zu hören. Er spielte ein Konzert für Violoncell mit Orchester von E. Hartmann und weiterhin eine Konzert-Romanze gleichfalls mit Orchester, von Asgar Hamerik, beides nordische Komponisten, deren Wiege in Kopenhagen stand und von dem ersteren durch sein ganzes langes Künstlerleben in Kopenhagen verweilt, letzterer seit 1872 in Baltimore als Direktor der musikalischen Abtheilung des Peabody-Institutes fungirt.

Die Auswahl der Konzertstücke, wie sie in den Rahmen eines Orchester-Konzertes passen, ist gerade beim Cello keine allzu-große. Das Hartmann'sche Konzert bietet dem Instrument volle Gelegenheit in den 3 Sälen: a) Allegro moderato, b) Canzonetta, c) Pastorale, eine vielseitige charakteristische Beethüngung zu erfahren, eine Aufgabe, die unter den Händen eines Meisters wie Grützmacher an Bedeutung noch gewinnt. Die Verwendung des Orchesters ist keine nur episodische, die den Rahmen bildet zu einer solistischen Leistung, es tritt vielfach als Begleiter und Genosse der Hauptstimme auf. Namentlich die Canzonetta bot dem Instrumente die beste Gelegenheit, in seiner eigentlichen Sprache zu reden, und dem Künstler, das Gefühl pulsieren zu lassen.

Noch mehr, auch schon durch den Grundcharakter der Tondichtung bedingt, hat dies Hamerik's Romanze. Das Auditorium zollte denn auch dem Künstler für den edeln klaren Vortrag seinen regsten Beifall.

Von Orchesternummern brachte das Konzert die eröffnende Ouvertüre zur „Zauberflöte“, Urbaus schon früher einige Male vorgeführte Konzert-Ouvertüre „Scheherazade“ und zum Schluss Mendelssohn's Sinfonie A-moll, auch die „schottische“ genannt neben der „italienischen“ in A-dur, die vor drei Jahren das Programm zerte, die bekannteste und geschätzteste des Meisters. Die Bezeichnung der „schottischen“ trifft zugleich auch den Grundcharakter des Werkes, als eines Stimmungsbildes der Eindrücke dieses Landes, Eindrücke, die so bleibend hafteten,

vernemmentale Blatt zieht damit ganz treffend eins der wichtigsten Resultate und befindet sich in voller Uebereinstimmung mit wiederholten Ausführungen unsererseits. Um so schwerer zu erklären ist aber dann die bei der Präsidentenwahl im Reichstag zum Ausdruck gekommene Politik der Konservativen. Wie kann die von dem gouvernementalen Blatt zugegebene Thatsache, dass man „in konservativen Kreisen mit dem Zentrum wiederum festere Fühlung genommen hat“, gerechtfertigt werden, wenn zugleich das Zentrum unwiderlegliche Beweise gegeben hat, dass es wieder zu der alten aggressiven Politik zurückkehren will, wenn zugleich der Gedanke einer Annäherung an die Regierung gänzlich gescheitert ist? Oder glaubt man trotz der Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus, dass eine positiv schaffende Majorität im Reichstag sich leichter mit dem Zentrum als mit den Nationalliberalen bilde? Der Verlauf der Reichstagsession wird ergeben, dass diese Annahme eine starke Illusion gewesen. Die Politik der Konservativen, wie sie bei der Präsidentenwahl sich darstellte, zeugt von einer vollkommenen Ignoranz der Umwandlungen, welche der Verlauf der Landtagsession auf's Neue in der Stellung der Parteien hervorgebracht, sie ruht auf einer Grundlage, deren Hohlheit im Landtag sich gezeigt hat und im Reichstag sich wiederum zeigen wird; sie zeugt von kurzfristiger Besangenheit in einer politischen Kombination, die sich als leeres Phantom erwiesen hat und erweisen wird, und aus der Sprache der eigenen Parteiorgane kann man schließen, dass man auf konservativer Seite eine Ahnung davon hat, die Reichstagsession mit einer falschen Prämisse eingeleitet zu haben. — Die Verwaltungsgesetzkommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung am 13. Februar zunächst mit der Abgrenzung der Geschäftsleitung des Bezirksverwaltungsgerichtsdirektors gegenüber dem Regierungspräsidenten. Von konservativer Seite wünschte man dem Letzteren die gesammte Geschäftsführung zu ertheilen, die Kommission beschloß indes, dass er in allgemeinen Angelegenheiten mit dem Direktor des Verwaltungsgerichts, der in Streitfachen selbstständig sein soll, sich zu verständigen habe. Sodann erfuhr das Beanstandungsrecht des Regierungspräsidenten nochmalige Anfechtung, die indessen den Beifall der Kommission nicht fand. Ein Antrag, in kleineren Städten den Magistrat als Stadtausschuss (mit Genehmigung des Ministers des Innern) eintreten zu lassen, wurde abgelehnt. Für die Stadt Berlin bestätigte man mit geringer Majorität den auf Antrag des Abg. Helle beschlossenen Bezirksrat, weil die Frage, ob der Oberpräsident oder der Polizeipräsident den Vorsitz in demselben zu führen habe, nicht befriedigend gelöst werden konnte. Nach einer längeren Diskussion wurde endlich die Frage, inwieweit wegen unverhüldeter Fristversäumnis Wiedereinführung in den vorigen Stand zu gewähren sei, an die Subkommission verwiesen. — Am Sonnabend hat die Verwaltungsgesetzkommission die zweite Lesung des Organisationsgesetzes beendigt. Morgen wird der Bericht festgestellt. Im Wesentlichen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung bestätigt, nur bei den §§ 62 und 63 ist die Änderung angenommen worden, dass in Städten bis zu 5000 Einwohnern die Beschwerde über ortspolizeiliche Verfügungen an den Regierungspräsidenten und die Klage an den Bezirksausschuss, in Städten unter 5000 Einwohnern an den Landrat, bzw. den Kreisausschuss gehen soll. — Das Auftreten des Abg. Brüel in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, die Bezeichnung der preußischen Königstreue als Idiotatrie hat auf allen Seiten des Hauses die gerechte

Entrüstung erregt; selbst das Zentrum fühlte sich veranlaßt, die Gemeinschaft mit solchen bedauerlichen Anschauungen und Neußerungen öffentlich zurückzuweisen; in wie weit nicht doch von den Schmähungen dieses „Hospitanten“, der in einer früheren Session auch die preußische Fremdherrschaft in Hannover mit der napoleonischen auf eine Linie gestellt, an der Zentrumsfraktion etwas hängen bleibt, wollen wir heute nicht untersuchen. Fatal muss es der Fraktion jedenfalls sein, dass so rasch auf die Vorgänge bei Verlehung der Kabinetsordre in Sachen des alkatholischen Bischofs ein Hospitant der Fraktion zu so unqualifizierten Neußerungen sich hinreissen lässt, und dass das Welfenthum, welches ja in der Leitung des Zentrums eine so hervorragende Rolle spielt, so offen den Schleier läuft. Es muss aber bei solchen Gelegenheiten auch die Erinnerung wieder auftauchen, wie sehr bei den letzten Wahlen namentlich zum Reichstag von oben her der „konservativen“ Bewegung in Hannover, die nichts anderes ist als das Welfenthum, Vorschub geleistet worden und in mehr als einem Wahlkreis die Nationalliberalen von Seiten der Regierungssorgane zu Gunsten von Gesinnungsgenossen des Herrn Brüel mit Erfolg bekämpft wurden. — Das Ministerium hat heute beschlossen, den Gesetzentwurf wegen Bergung des § 2 an dageg ungesäumt einzubringen und demnächst nach Erledigung des Etats den Landtag zu vertagen. Die Wiedereröffnung des Landtags soll unmittelbar nach dem Reichstage erfolgen. Die Verwaltungsgesetz-Kommission wird während der Vertagung keine Sitzungen halten.

— Am Sonnabend begegnete dem Kaiser in der Singakademie ein bedauerlicher Unfall. Der hohe Herr fiel einig Stufen der Treppe herab, erhob sich aber sofort wieder und konnte sein bestürztes Gefolge vollständig beruhigen. Es zeigte sich nicht die geringste Verletzung, wie denn auch die Theilnahme des Kaisers an der Feier im Radziwill'schen Hause das erfreulichste Wohlbefinden bekundete.

— Der Abgeordnete v. Hölder hat definitiv abgelehnt, das ihm zugedachte Amt eines zweiten Vizepräsidenten des Reichstages aus den Händen der klerikal-konservativen Mehrheit anzunehmen. Hölder, Präsident der württembergischen Abgeordnetenkammer, gehört zu jenen Nationalliberalen, welche am Ende der letzten Reichstagsession aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten. Die Absicht, welche jene Wahl der klerikal-konservativen Mehrheit dictirte, war offenbar die, Herrn v. Hölder gegen seine politischen Freunde auszuspielen; man durfte von vornherein annehmen, dass er für eine solche Rolle unzügänglich sein würde. Der „Kölner Tag“ schreibt man darüber aus Berlin:

„Nach den Vorgängen bei der Konstituierung des preußischen Landtags und ganz besonders nach der neuesten Haltung des Zentrums in den Kultussetz-Debatten hat es großes Aufsehen gemacht, dass die deutsche Reichspartei ohne Umschweif der Dritte im Bunde der Ultra-konservativen und Ultramontanen geworden ist. Man weist deshalb auf die Abwesenheit der Herren Graf v. Bethuyn und v. Kardorff und noch emphatischer auf die Anwesenheit des Freiherrn v. Barnbüler hin, und auf den handelhaftkundigen Exminister Württemberg wird auch die Vaterschaft des Gedankens zurückgeführt, der bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten zum vorläufig siegreichen Ausdruck gelangte, die legte Stelle, den Rest aus der Majoritätsbeute, dem Herrn v. Hölder zuzuteilen. Man hatte mit diesem Brocken die Gruppe der gegen die Fraktion frondirenden Nationalliberalen zu fördern gehofft; allein es ist öffentliches Geheimnis, dass diese Herren, wie sie bei der Wahl des ersten Präsidenten mit ihren Gesinnungsgenossen innerhalb der Fraktion für Herrn v. Bemmig gesetzt haben, so auch in Übereinstimmung mit der Fraktion in den beiden anderen Wahlgängen weise Zettel abgegeben haben.“

den Wünschen und Bewegungen des Magnetiseurs, können die in dessen Hohlhand angefegten Finger nicht wegziehen u. dergl.“

General-Postmeister Dr. Stephan

veranstaltete am Donnerstag in den prächtigen Räumen seiner Dienstwohnung in der Leipzigerstraße ein Ballfest, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen waren. Unter den Gästen bemerkte man u. A. Fürst Sayfeld mit Gemahlin, die Minister und Chefs der obersten Reichsbehörden z. K. Kriegsminister v. Kameke mit Gemahlin und Tochter, Staatssekretär des Innern Hofmann mit Gemahlin und Tochter, Staatsminister Wanck mit Gemahlin und Töchtern, Präsident der Reichsbank von Decken mit Gemahlin und Töchtern, Chef des Civil-Kabinetts von Wilmowsky mit Gemahlin und Tochter, Unterstaatssekretär Scholz mit Gemahlin, Bevollmächtigte zum Bundesrat, darunter der Hanseatische Ministerpräsident Dr. Krüger, der Hessische Gesandte Dr. Neidhardt, der Oldenburgische Gesandte Saltmann u. A.; Präsident des Abgeordnetenhauses von Kölner mit Gemahlin, Legationsrat von Küssner, Mitglieder des Finanzministeriums; aus der Finanzwelt Geh. Rath von Hansmann, Herr von Krause mit ihren Damen; zahlreiche Offiziere der Garde-Regimenter, jüngere Mitglieder des diplomatischen Corps, Gelehrte und Schriftsteller, darunter Julius Rodenberg und der Africane Dr. Nachigall, Dr. Werner Siemens mit Gemahlin und Töchtern; Mitglieder der obersten Post- und Telegraphen-Verwaltung und anderer Reichsbehörden mit ihren Damen, die zu Unterhandlungen in Post- und Telegraphen-Angelegenheiten hier anwesenden österreichischen und ungarischen Bevollmächtigten. Der General-Postmeister, im schwarzen Soiranzuge mit dem Stern des Kronenordens und dem Eisernen Kreuze, empfing die Gäste im ersten Salon, seine Gemahlin im anstoßenden. Frau Stephan trug eine Toilette von königlicher Seide. Die älteren Gesellschaftsperonen hielten sich in den vorderen Räumen auf, die junge Welt versammelte sich im Tanzsaal. Die Räume der Wohnung sind eben so weit als elegant. Auf den Treppen standen Ehrenposten von Postillon im Salonzug, anstatt mit Gewehr oder Pallash präsentirten sie mit ihren Galapeitzen. Sie blieben auch die Fanfare zum Beginn des Tanzes. Der Ball begann mit einem Walzer, fuhr mit Polka, Contredans, Rheinländer, mit einem zweiten Walzer, mit Lancier-Polka fort und endete mit einem Galopp von etwa dreißig tanzenden Paaren. Der Glanzpunkt des Abends war der Cotillon. Alle zur Post und Telegraphie gehörenden Apparate wurden dabei in Aktion gesetzt, wie ein Telegraphen-Apparat, eine Säule mit Isolatoren, ein vollständig bespannter Postwagen. Wie die Dorfjugend tanzt um einen Maienbaum, so hier die Salongruppen um eine Telegraphenstange, von welcher bunte Bänder ausgingen. Ein Postbriefkasten, wie wir ihn in den Straßen Berlins sehen, vertheilte Briefe der Rohrpost, deren Inhalt sich beim Entfernen als ein jenseitlicher Knall fand. Eine vollständige Neuheit war eine „elektrische Tour“. Eine Dame engagierte zwei Herren. Letzteren wurden je ein Schlüssel zu der Eingangspforte eines im Saale aufgestellten Leuchtturms übergeben. Von den Schlüsseln, welche äußerlich gleicher Ansehen hatten, war einer derart konstruit, dass er bei Einschlagen einen elektrischen Strom schloss, welcher zu einer auf dem Leuchtturm angebrachten elektrischen Lampe führte. Im Augenblicke des

dass sie dauernd den Komponisten nach Italien und nach Deutschland begleiteten und erst in Berlin beinahe zwei Jahrzehnte später zum vollen schöpferischen Ausstrahl kamen. Namentlich der zweite Satz atmet am speziell Mendelssohn'schen Esprit, es ist in die Stelle des Scherzo vertretendes Capriccio von wunderbar duftiger Färbung. Die Durchführung seitens der Kapelle verdiente in vollem Maße den gespendeten Beifall.

Merkwürdigerweise entsprach der Besuch des Konzerts nicht ganz den Ansprüchen, die das in Aussicht gestellte Programm und speziell die Mitwirkung eines so klänglichen Namens wie Grützmacher erheben konnte, namentlich wenn man noch den äußerst geringen pekuniären Tribut in Ansatz bringt und die Annehmlichkeit berücksichtigt, einen gesicherten und von aller Neuerhaftung und von der Jagd nach dem Glück verschonten gemütlichen Platz einnehmen zu können.

Die Vorstellungen Hansen's

geben Professor M. Rosenthal in Wien Anlass, in den „Wiener Medizinischen Blättern“ einige Erklärungen über das Hypnotisiren zu geben. Er führt dabei aus einer Anzahl einschlägiger Versuche Folgendes an: „Ein zwanzigjähriges robustes Dienstmädchen von reizbarem Temperament wurde von mir angewiesen, ein glänzendes Glasprisma unablösig zu betrachten. Nach zehn Minuten rief die Person plötzlich aus: „Mir wird ganz übel“; sie sank hierauf entfärbt im Sessel zurück, ihr Puls war klein und betrug 60 Schläge. Auf meine Aufforderung, von ihrem Sitz sich zu erheben, antwortete sie: „Das kann ich nicht, weil meine Glieder schwer wie Blei sind.“ Erst nach einem Anfählen erholt sich die Person von ihrem ohnmachtsähnlichen Zustande. Diese manifesten Zeichen von Hirnnärmie waren mir, sowie den anderen anwesenden Kollegen auch bei den Versuchspersonen von Hansen aufgefallen, an welchen die Magnetisierung gelang. Die betreffenden Individuen wurden auffällig blaß, ehe die Erschlaffung der Glieder erfolgte. Um diese Zeit ist, wie das auch Charcot bei der Hypnotisierung von Hysterischen fand, eine erhöhte mechanische Erregbarkeit der Muskeln vorhanden. Bei stärkerem Druck oder Hinfahren über die Muskeln gerathen dieselben in Kontraktur. In dem Maße, als mit dem Eintritte des Hypnotismus die Willens-Impulse ermatten, wächst die Erregbarkeit des Gehirns für Einwirkungen von außen her. Gleich den in ähnlicher Weise eingeschläferten Hysterischen gehorchen auch die Magnetisierten dem Ruf ihres Meisters, verlassen ihren Sitz, folgen

Als die Väter und Leiter der klerikal-konservativen Verbündung darf man mit aller Sicherheit die Herren v. Barnhöller und Windthorst allerding betrachten. Die leitenden Geister der klerikal-konservativen Mehrheit, die württembergische und die hannoversche Exzellenz sind jetzt darauf angewiesen, einen zweiten Vizepräsidenten in ihren Reihen zu suchen. Anfangs war von dem Abg. Heldorf-Bedra die Rede; jetzt heißt es, derselbe lehne die zugedachte Ehre ab; es taucht der Name des Abgeordneten Alexander, eines sächsischen Partikularisten, auf, der neben dem ersten Vizepräsidenten, einem bairischen Ultramontanen, in der That der Situation den richtigen Ausdruck geben würde.

Den „Daily News“ wird aus Berlin gemeldet, es verlautet dort aus zuverlässiger Quelle, daß der Abschluß eines Sonderbündnisses zwischen England, Deutschland und Österreich bevorstehe. Leider werden wir an diese Botschaft erst glauben können, wenn sie von berufener Seite bestätigt wird. Gegenwärtig scheint die ganze Lage noch nicht der Art zu sein, daß man annehmen könnte, England wolle seine Schalkspolitik aufgeben und sich definitiv für den Beitritt zu dem deutsch-österreichischen Bunde entschließen.

Das in jüngster Zeit vielgenannte päpstliche Blatt „Aurora“ gesteht endlich ein, daß man, nach den Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus zu urtheilen, an maßgebender Stelle in Berlin an dem falschen Prinzip (sic!), dem Wirkungskreise der Kirche Grenzen abstecken zu wollen, festhält. Die „Aurora“ erklärt aber gleichzeitig durch den Mund ihres Berliner Korrespondenten, daß die Katholiken fest und mutig auf ihrem Platze ausharren werden im Vertrauen auf die göttliche Barmherzigkeit und auf die Weisheit des heiligen Stuhles, zumal dieselben überzeugt sind, daß die inneren Gefahren sowohl als die äußeren, welche Preußen von Ost und West bedrohen, die Regierung bald zwingen werden, mit dem Papste einen Frieden abzuschließen, welchen derselbe annehmbar findet. . . . Das ist ja ein recht schäbiges Geständniß, welches wir da in dem vatikanischen Blatte finden.

Die geschäftigen Dementis, welche dem Gerücht von einer Spannung zwischen dem Statthalter von Elsass-Lothringen und dem Staatssekretär Herzog auf dem Fuße folgten, können eingeweihte Personen nicht darüber täuschen, daß hier in der That Differenzen bestehen, deren Tragweite vielleicht übertrieben wird, die aber nichts desto weniger zur Geltung gekommen sind. Der Staatsminister soll nicht gewillt sein, versöhnliche Praxis in den Beziehungen zur Kurie so ohne Weiteres zu adoptiren, wie es der Feldmarschall v. Manteuffel nach seiner bekannten Gesinnung wünscht. Der Letztere hat beispielweise das Gewicht des labandischen Rechtsgutachtens in Sachen des kleinen bischöflichen Seminars sehr erheblich dadurch abgeschwächt, daß er in persönlichen Unterredungen seine Geneigtheit kundgab, der Kurie in dieser Angelegenheit entgegenzukommen. Behauptet wird auch, daß der Statthalter überhaupt die Abschaffung der Stelle eines leitenden Ministers wünsche und diese Zwischeninstanz zwischen ihm und den vier Unterstaatssekretären als den Interessen des Dienstes unzuträglich halte. Wir glauben kaum, daß diese Angabe begründet ist; wäre sie es dennoch, so ist nicht anzunehmen, daß eine so eingreifende Änderung beliebt werden wird, welche das

unentbehrliche staatsrechtliche Gegengewicht gegen die diskretionäre Verwaltungsbefugnis des Statthalters beseitigen würde.

Der französische Botschafter, Graf Saint-Vallier, ist am Sonntag aus Paris hier eingetroffen und hat sofort wieder die Leitung der Geschäfte der Botschaft übernommen, die er nun definitiv weiterzuführen entschlossen ist.

Prof. Dr. F. Michaelis in Freiburg erklärt (in der „Kölner Ztg.“) gegen den Abg. v. Schorlemer: Ich habe in Baden keine Anstellung und würde auch keine annehmen, so lange ich wirklicher Professor der Philosophie zu Braunsberg bin. Ich wirke hier für die katholische Sache mit Urlaub, weil mir zu Braunsberg augenblicklich jede Wirksamkeit in meinem Amt unmöglich gemacht ist, würde aber sofort dahin zurückkehren, so wie mir nur die geringste sichere Aussicht auf eine solche eröffnet wäre.

In den letzten Jahren ist sowohl die Petitionscommission als das Plenum des Abgeordnetenhauses über all die Petitionen, welche die Aufhebung der Maigesetze verlangten, zur Tagesordnung übergegangen. Jetzt wird in ultramontanen Kreisen eine Agitation eingeleitet, um Massenpetitionen wegen Aufhebung der Maigesetze, namentlich derjenigen, welche mit der Vakanz der Geistlichen in Verbindung stehen, direkt an die Adresse des Kaisers abzusenden. Scheinbar ist diese Agitation darauf gerichtet, eine noch mildere Praxis der Ausführung der Maigesetze, als sie jetzt schon stattfindet, zu erwirken.

Von der Wehrsteuer, deren Vorlage jetzt mit Sicherheit erwartet wird, hängt man hinsichtlich des Ertrages nicht geringe Hoffnungen. Man spricht von 10, 12, ja 15 Millionen Mark; denn man beabsichtigt, die Höhe der Steuer nach der Leistungsfähigkeit, also wohl nach der Einkommensteuer, zu bemessen. In der Schweiz war die Wehrsteuer schon längst in einzelnen Kantonen, seit 1878 im ganzen Bunde eingeführt und hat im letzten Jahre einen Ertrag von ungefähr 1,600,000 Fr. geliefert.

Der kürzlich von der Eisenbahnmission gefasste Beschuß zu Gunsten der Einführung einer zwieten Stückgutklasse wird in Handelskreisen keineswegs allseitig gebilligt. Die Ausführung des Beschlusses würde, so wird eingewendet, die Einheit des seit einigen Jahren eingeführten Tarifsystems in Frage stellen. Auf Grund derartiger Erwägungen hat die Handelskammer in Bremen dem Präsidium des deutschen Handelstages den Antrag auf Berufung des Handelstages zur Erörterung dieser Angelegenheit zugehen lassen. Mit dem Antrage wird sich zunächst der bleibende Ausschuß des Handelstags zu beschäftigen haben.

Die Wahlkommission des Abgeordnetenhauses will nun auch die Wahlen in Breslau und Posen an der Hand des Seyffardt'schen Falles einer „Prüfung“ unterziehen. Es würden dabei die Mandate der Abgeordneten Wachler, Meyer, Severin für Breslau und Zelle in Posen in Betracht kommen. Wahrscheinlich werden noch andere derartige „Prüfungen“ folgen.

Bis zu welcher Schärfe die konfessionellen Gegenseite auch unter der Schuljugend der höheren Lehranstalten vielfach gesteigert werden, dafür mag folgende, von glaubwürdiger Seite der „Magd. Ztg.“ mitgetheilte Tatsache einen Beweis liefern. Ein katholischer Abiturient eines vorwiegend protestantischen Gymnasiums, dessen Mutter früher evangelischer Konfession gewesen und erst später zum Katholizismus übergetreten ist,

mit einem Originalstück, das heißt mit einer selbsterfundenen Fabel des Inhalts zu thun. Dieselbe ist sogar wider Erwarten originell, indem nicht etwa das naheliegende ironische Geißeln beglaubigter Leumundszeugnisse stattfindet, sondern im Gegenteil ein gewisser Pothen daraus, ja sogar eine fördernde Wirkung derselben zur Schürzung des Knotens verhindert wird.

Ein junger Baron und Landwirth, den seine Schwester, Baronin von Sedelnitz, veranlaßt hat, Politur halber nach Paris zu gehen, fehrt recht erfahrungreich aus diesem Babel zurück mit Familiengründungsfeier im innersten Herzen. Lange Entbehrung hat ihm weibliche Bildung, weibliches Gemüth und weiblichen Sinn schäzen gelernt und da man ja aus englischen Romanen weiß, daß das nirgends schöner und herrlicher blüht, als in einer wohlapprobierten Erzieherin Gemüth, beschließt er, direkt in einem Vermittlungsbureau für Erzieherinnen aus dem vollen, durch Zeugnisse beglaubigten Angebote heraus die stille Nachfrage seines Herzens zu decken, gesteht auch der Dreifrice, Frau Börner, schlicht und schlank seine tieferen Zwecke ein, wobei er die gebührende Rückweisung erfährt. Vorher hat er daselbst seinen alten Freunde Scheffler kennen gelernt, Pastor in der Nähe des Gutes seiner Schwester, der Baronin, und deren Begleiter nach der Stadt, um eine Gesellschafterin für ihre Tochter Sidone zu suchen, die nebenbei nach dem stillen Plane der Mutter das Interesse des noch jungen und ähnlich etwas ungelehrten Predigers von der Tochter ablenken soll. Rheinsfeld erzählt Scheffler von einem fürsich erlebten kleinen Abenteuer, wie er auf einem Bahnhof bei 5 Minuten Aufenthalt einer Dame dazu behülflich war, den Zug nicht zu verpassen. Er fuhr, nachdem er noch seine Karte in das Couplet geworfen, nach Süden, sie nach Norden und im quadratischen Verhältniß der Entfernung fand ein beginnendes Interesse an zu reisen. Wunderbar, wenn das nicht die Nichte der Frau Dr. Börner, Fr. Gerda, sein sollte, die gleich während der ersten Scenen des Stücks eintrifft, als zu mutwillig und zu unbekannt von einer Erzieherstelle zurückgeschieden und bei der Tante auf anderweitige pädagogische Verwendung wartend. Sie erscheint nun mehr auch von links und man bedenkt sich nicht lange, laue Nämlichkeiten wärmer und wärmer aufzutischen. Doch die gegenwärtige Tante lenkt ab, entfernt die Nichte, schlägt die direkten Bitten Rheinsfeld's um die Hand der Nichte ab, defretiert dieselbe vielmehr zur von der Frau Baronin gewünschten Gesellschafterin, händigt sie ihrer Obhut ein und verfündet dem nochmals auftauchenden Rheinsfeld schadenfroh ihre rettende That unter triumphirenden Angabe der Adresse. „Das ist ja meine Schwester“, mit diesem frohen Ausrufe Rheinsfeld's schließt der Alt.

Der zweite Alt spielt sich auf dem Gute ab. Die Gespielinnen Sidone und Gerda schließen ein Schutz- und Trutzbündniß gegen die Baronin-Mutter zu Gunsten des von der Tochter wohlgelittenen jungen Pastors. Der vorurtheilsfreie Baron von Sedelnitz weiß hierauf in einer längeren Unterredung mit der Gattin deren Vorurtheile gegen eine Verbindung seinerseits zu neutralisieren. Es kommt Rheinsfeld zugereist, auch der Pastor Scheffler nimmt Platz und nachdem auch die beiden jungen Damen die Gruppe vervollständigt haben, hält Rheinsfeld nicht zurück mit ziemlich unverblümten Ansprüchen auf seine Heiratspläne unter glücklicher, röthlicher Verlegenheit von Seiten des Fr. Gerda. Da naht wieder das Verhältniß, Frau Dr. Börner. Während die Baronin zum Empfange schreitet, kommt es zwischen

schreibt in seinem der Meldung zum Abituriertenexamen beizufügenden Curriculum vitae: „Es werde ihn sein Leben lang mit schmerzlichem Bedauern erfüllen, in seinen ersten Lebensjahren eine protestantische nicht rechtgläubige Mutter gehabt zu haben.“ In welchem Geiste muß der Religionsunterricht ertheilt werden, dessen Frucht eine so pietätlose Gesinnung ist, wie sie in einer solchen Neuerung sich ausspricht. Und wenn der konfessionelle Religionsunterricht in diesem Geiste schon an einem prinzipiell evangelischen Gymnasium ertheilt werden kann, wie mag es erst an den konfessionell-katholischen Schulen in dieser Beziehung aussehen.

Für die Herstellung der neuen deutschen Armeerevolver, bzw. für die Ausrüstung der schweren Kavallerie-Regimenter und der Chargen, denen derselbe als Schußwaffe überwiesen werden soll, ist, wie neuerdings berichtet wird, ein Zeitraum von drei Jahren in Aussicht genommen. Die Entscheidung über die einzuführende Waffe hat schon im vorigen Frühjahr für einen deutschen Revolver stattgefunden, der übrigens von dem bei dem 12. sächsischen Armeekorps bereits eingeführten Revolver als nach mehreren Beziehungen wesentlich verschieden bezeichnet wird. Die Fabrikation erfolgt ausschließlich in Suhl und Sommerda.

Der Bruder des Kaisers von Russland, Großfürst Konstantin, der s. J. die russische Armee vor Plewna kommandierte, wird in den nächsten Tagen auf der Durchreise von Paris, woselbst er gegenwärtig weilt, nach St. Petersburg, hier eintreffen und einige Tage in Berlin verbleiben. Die Kaiserzimmer im russischen Botschaftspalais Unter den Linden werden bereits zu seiner Aufnahme in Stand gesetzt.

Trotz der Verlängerung des Vertrags zwischen der Admiralität und Leutnant ist im nächsthäufigen Marine-Etat für Hebung und Heimschaffung des „Großen Kurfürsten“ kein Betrag mehr aufgenommen. Eine Verlängerung des Vertrags über Ende März hinaus ist also nicht beabsichtigt.

Wie die amtliche „Wiener Zeitung“ bekannt macht, ist unter dem 30. Januar Geh. Kommerzienrat A. v. Hansemann hier an Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Raven zum österreichisch-ungarischen Generalkonsul ernannt und dem Honorarkonsul bei dem k. und k. Generalkonsulat in Berlin Albert George anlässlich der von ihm nachgesuchten Enthebung von seinen Funktionen der Orden der Eisernen Krone 3. Kl. verliehen worden.

Ernst Curtius denkt Ende März nach Olympia zu reisen. Wenngleich der Supplementarkredit von 90,000 Mk. für Olympia, der schon in den Etat aufgenommen war, nachträglich zurückgezogen worden ist, so glaubt man doch bei der Theilnahme, die das denkwürdige Unternehmen an höchster Stelle und auch im Reichstage findet, daß jedenfalls von Reichswegen noch eine Summe bewilligt werden wird, um das deutsche Nationalwerk mit Anstand zu Ende zu führen.

Der „Nat-Ztg.“ zufolge beichloß der Vorstand des Abgeordnetenhauses, der „Berliner Zeitung“ im Hinblick auf einen jüngst von ihr veröffentlichten Artikel über die Szenen bei der Berathung des Kultusetats die Karte zur Journalisttribüne zu entziehen und die Auslegung des Blattes im Lebzimmer zu verbieten. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, haben gegen diesen Beschuß der fortschrittliche Abg. Quadt und der Vizepräsident v. Benda gestimmt.

Schafft hier das Leben gut und schön — Kein Jenseits ist, kein Auferstehen — diese auf der Innenseite über dem Thor des Friedhofs der hiesigen freireligiösen Gemeinde angebrachte Inschrift wird demnächst entfernt werden. In

Einstens dieses Schlüssels flammt das elektrische Licht auf und kündigte an, daß der Herr, welcher im Besitze dieses Schlüssels, bestimmt war, mit der betreffenden Dame zu tanzen. Während des Tanzes leuchtete das elektrische Licht weit über den Saal, bis die Tour sich wiederholte. Der Strom, welcher zur Erzeugung des elektrischen Lichtes diente, ward, wie wir der „Post“ entnehmen, durch eine im Kellergeschoß aufgestellte dynamo-elektrische Maschine hervorgebracht. Nachdem sich der Ball so im Effekte, an äußerem Glanze sowohl als an innerer Heiterkeit, gesteigert hatte, begann das Souper. Es ward an Tischen im großen Saale servirt. Wieder gaben Fanfare das Zeichen: Auf zur Tafel! Der General-Postmeister hatte Frau von Kamefe den Arm gereicht, Frau Stephan dem Kriegsminister, so folgten die übrigen Gäste. Beiterkeit führte bei dem Mahle den Vorzug. Bis in die zweite Morgenstunde verlängerte sich das Fest. Dasselbe war nach allen Richtungen hin an wahrhaftem Amusement ergiebig gewesen, für die Tanzenden sowohl, als Dicjenigen, welche Spiel und Tanz entzogen haben. Für diese boten die Kunstmämlungen des Hausherrn eine Ressource, seine herrlichen alten Bilder, seine Mineralien, seine Ehrengegenstände, seine Jagdbeute aus allen Ländern und seine über alle diese Gegenstände geführte interessante Unterhaltung.

Gute Zeugnisse.

Lustspiel in 3 Akten von C. Mallachow und O. Elsner. Nach der Einrichtung des Hamburger Stadttheaters als Manuscript gedruckt. Die dramatische Weltgenossenschaft der beiden Autoren ist uns Posnern hinlänglich bekannt; hat doch gerade längeres Zusammenleben in unserer Stadt die beiden Herren zusammengeführt, nachdem sie schon beide durch Einzelleistungen Andern und sich selbst sich dramatisch inszenirt hatten. Von Oskar Elsner ist uns ein sättiges Trauerspiel: „Der Messias“, ein Dramalet „Tasso Tod“ und ein burlesker Einakter „Einquartierung“ bekannt, von Carl Mallachow der Einakter: „List gegen Vorurtheil“ und das Intriguenlustspiel „Der Chevalier de Errico“.

Als dramatische Dualisten tauchten sie vor einigen Jahren mit dem vielgepriesenen und gerngelesenen Lustspiel „Wenn man im Dunkeln füßt“ auf, dem später „Papa's Liebschaft“ und dann eine Posse „Große Nössen“ folgten. Mit letzterem Stücke hatten die Herren weniger Glück, es kam nach einer einzigen Wiederholung nicht extra muros, wurde auch von den Verfassern selbst mit der Einsicht: „Es ist der Mensch, so lang er strebt“, als ein Abschreien vom eigentlich beglaubigten Terrain ihrer früheren gemeinsamen Wirklichkeit erkant.

Wir selbst schlossen unsere damalige Besprechung nach der Konstituierung des öffentlichen Misserfolgs mit den Worten: „Der sichtende, ordnende und durch frühere Erfolge ermutigte Sinn der Autoren wird dem Gesamturtheil die eigene Einsicht anschmiegen und die augenblickliche Lücke zu decken wissen; künftiger Erfolg wird die heutige Einbildung wett machen, wir werden keine Posse, wohl aber seingesetzte Lustspiele empfangen, „es wird wieder im Dunkeln geküßt werden“.

Nach kurzer Pause scheint sich denn auch diese Prophezeiung erfüllt zu haben, und dem neuesten uns vorliegenden Stücke, einem saltigen Lustspiel, hat eine sehr beißig aufgenommene Darstellung auf der Bühne des Hamburger Stadttheaters vorläufig die Wege geebnet. Wir haben es diesmal im Gegensatz zu „Wenn man im Dunkeln füßt“

Baron v. Sedelnitz und dem Pastor zum schönsten Einvernehmen und nicht weniger glatt verläuft die Einigung zwischen Rheinsfeld und Gerda. Aber in einem tête-à-tête zwischen Frau Börner und Reinsfeld bleibt die hartnäckig und spielt als besonderen Trumpf die schlechten Zeugnisse ihrer Nichte aus. Mit einer folgenden Scene zwischen Rheinsfeld und der inzwischen von der Tante bearbeiteten Gerda, worin diese sich plötzlich sehr obstinat und sich trozig ereifernd erweist, zum Schluss auch noch die bewußten Zeugnisse wie einen Fehdehandschuh hinwirkt, schließt der zweite Alt. So wird dem dritten Alt der nötige Spielplatz gewährt. Dieser beginnt mit einer Art Trennungswuth. Alles will abreisen, Rheinsfeld, Gerda, Fr. Börner, späterhin selbst die Baronin mit der Tochter und der Ansangs ordende und sichtende Baron von Sedelnitz hält schließlich auch noch die Faust nach der Reisetasche und schwört seiner Gemahlin zu, so lange wegbleiben, bis Sidone den Pastor herreiche. Mein Schwiegerohn muß ein Mann ehemalen Charakters und durchdringen von seinem Berufe sein, so eifert die Baronin. Nun nimmt Scheffler einen resoluten Anlauf, bei Fr. Börner für seinen Freund zu sprechen, als diese, etwas eifriger, abgeht, taucht Rheinsfeld auf, der nun gleichfalls in einer langen Apotheose Scheffler's in's Gebet genommen wird, eifrig und charakterfest, wie's die Baronin wünscht. Scheffler wirft schließlich Rheinsfeld seine eigenen schlechten Zeugnisse vor und gedenkt des Spruches vom Balken und Splitter. Natürlich schlägt diese Rede nach zwei Seiten durch: Der alte Baron taucht im Reise-Kostüm auf; Rheinsfeld liest nun nach einer abermaligen Rede an Frau Börner zur Sühne seine unterdessen hervorgeführten Zeugnisse vor und erlämpft sich so auf dem Gipfel der Selbsterkennung schließlich die Gunst der inzwischen wehmüthig gewordenen Tante, die ihm ein Probejahr seiner dauernden Neigung auferlegt. Gerda hat unterdessen auch noch einen unterdrückten Hass der Zeugnisse ausfindig gemacht, worin dem Tertiator Reinsfeld für die Lebensrettung eines Witthülers besonderer Dank ausgesprochen worden war. Das ist zu viel für fröhliche Liebe und leidende Achtung, das Probejahr wird von der Tante auf 6 Monate abgekürzt, um verschiedene Hölle schlingend sich liebende Arme. „Die beißt'n Fürsprecher auf der Welt sind . . .“ intoniert die Tante; „Gute Zeugnisse!“ fällt der volle Chor ein, und mit ihm fällt der Vorhang.

Wir haben eine genauere scenische Gliederung versucht und mit ihr, wie wir glauben, dem Leser selbst den kritischen Maßstab in die Hand gedrückt.

Mag man dem leitenden Motiv seine volle Berechtigung zugesetzen oder nicht, jedenfalls ist es mit viel scenischem Geschick zu einem Dreier-Akt ausgegeben worden mit jenem einheitlichen Grundzuge, der die Frucht einer ästhetischen Logik ist. Die einzelnen Figuren sind sämtlich lebendige Möglichkeiten, Typen des konventionellen Lebens, nicht also spannend durch außergewöhnliche Einfälle und Reden, aber auch nirgends ermüdet durch redeligen, sich zu Scenen ausreckenden Gedanken austausch. Glatt und flott gespielt, wird der hunte Wechsel der einzelnen Episoden seine volle Wirkung nicht verfehlten, das hat der Erfolg des Stücks in Hamburg schon bewiesen, dazu wird auch die nun erst beginnende Verbreitung des Stücks die weiteren nötigen Belege liefern, wobei auch das Stadttheater in Leipzig, wo das Stück zur Aufführung angenommen worden ist, in erster Linie ein entscheidendes Wort mit sprechen dürfte. th.

der letzten Generalversammlung ist, nach den Berichten hiesiger Blätter, die Befestigung mit 52 gegen 48 Stimmen beschlossen worden. Wie schon früher mitgetheilt worden, hatte die Polizeibehörde der Gemeinde zu verstehen gegeben, daß die Befestigung der Inschrift gewünscht werde.

Schweiz.

[Der Gotthard-Tunnel] geht mit schnellen Schritten der Vollendung entgegen. In der Schweiz hofft man, daß, wenn nicht besondere Umstände eintreten, am 5. März die Arbeiter von der Nord- und Südseite des Tunnels sich die Hände reichen werden. Am Mont-Cenis wurden die Tunnelarbeiten im August 1857 begonnen und der Durchschlag des Stollens erfolgte am 25. Dezember 1870, also nach mehr als dreizehn Jahren. Im Gotthardtunnel, welcher 2696m länger ist als der Mont-Cenistunnel, begannen die Arbeiten im Sommer 1872; somit werden, Dank den Fortschritten der Technik, für seinen Durchstich nicht ganz $7\frac{1}{2}$ Jahre gebraucht werden. Am 1. Oktober d. J. soll die ganze Gotthardbahn dem Betriebe übergeben werden. Der schweizerische Bundesrat läßt bereits zur Feier der Vollendung des großartigen Unternehmens Medaillen prägen. Ein schweizer Blatt regt eine Geldsammlung zu Gunsten der beim Bau des Tunnels Verunglückten bezw. ihrer Hinterlassenen an. Hoffentlich fällt dieser Gedanke auf guten Boden.

Italien.

Rom, 11. Februar. Nach der „Italie“ hat man im Vatikan die Hoffnung, daß die englischen Ritualisten demnächst bedingungslos zur katholischen Kirche übertragen werden. Der Prediger Arthur Wagner, Chef der Ritualisten von Brighton, soll den Anfang der Befreiung machen; ihm würden gleich zwei Gemeinden und mehrere Vikare folgen, zusammen mehr als $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung von Brighton. So einfach wird die Sache nun doch nicht gehen. Der Papst hat natürlich seine Vertreter in England angewiesen, den etwaigen Proselyten mit allen möglichen Rücksichten und Nachsichten entgegenzutun. Nach demselben Blatt will der heilige Vater eine Encyclika gegen die Scheidung an sämtliche Bischöfe des Erdmündes erlassen.

Frankreich.

Paris, 14. Februar. Gestern wurde Crémieux zu seiner letzten Ruhestätte geleitet. Am Sterbehause, Rue de la Pompe 81 in Passy, hatte sich eine ungeheure Menschenmenge eingefunden, darunter viele Senatoren und Deputirte, auch viele Mitglieder von der Rechten, eine große Anzahl Börsenmänner und viele Damen. Die militärischen Ehren wurden von zwei Schwadronen Dragonern unter dem Befehl ihres Obersten erwiesen. Um 11 Uhr setzte sich der Leichenzug, wie es der jüdische Brauch will, direkt nach dem Kirchhof Montmartre, wo sich das Familienbegräbnis des Verstorbenen befindet, in Bewegung. An der Spitze desselben befand sich eine Abtheilung Polizeidiener; ihnen folgte die Musikkapelle der Dragoner. Der Leichenwagen war mit Bannern und Blumenkränzen geschmückt; drei derselben, die von den algerischen Juden, die Crémieux 1870 zu Franzosen gemacht hatte, herriührten, trugen die Inschriften: Alger, Oran, Constantine. Auf den übrigen las man: „A. A. Crémieux. Les membres de la communauté de Nîmes à leur illustre compatriote.“ „A. A. Crémieux la loge maconique d'Osiris N. 150.“ „A. A. Crémieux, le vénérable Sénateur, l'Alliance israélite“ u. s. w. Ein Banner, das von zwei Zöglingen der orientalischen Schule getragen wurde, zeigte die Inschrift: „Au vénérable Sénateur la société de la communauté. A Crémieux les israélites d'Alger reconnaissants.“ Die Zipfel des Leichentuches trugen der Kammerpräsident Gambetta, die Minister Jules Ferry und Cazot, der Vizepräsident des Senates, Pelletan, der Baron v. Rothschild und Emmanuel Arago (Senator). Den Leichenwagen umgaben Schüler der orientalischen Schule. An der Spitze der Leidtragenden befand sich der Vertreter des Präsidenten; ihm folgten die Mitglieder der Familie, die Minister und Unterstaatssekretäre, die Senatoren und Deputirten sowie die Deputationen des Staatsraths und der Advokaten von Paris. Alsdann kamen die zahlreichen Delegirten der Freimaurerlogen mit ihren Insignien; hierauf die Knaben und Mädchen aller israelitischen Schulen von Paris. Den Zug schlossen die übrigen Leidtragenden und eine Abtheilung Dragoner. An der Alma-Brücke angelkommen, verließen Präsident Gambetta und Baron v. Rothschild den Zug und der Vizepräsident der Deputirtenkammer und der Minister Cochery ergriffen an ihrer Stelle die Zipfel des Leichentuches. Um $12\frac{1}{4}$ Uhr gelangte der Leichenzug auf dem Kirchhof Montparnasse an. Am Eingange des jüdischen Kirchhofsviertels hielt der Zug an. Zadok Kahn, Groß-Rabbiner von Paris, der der kirchlichen Feierlichkeit vorstand, durfte nämlich den Kirchhof nicht betreten, da er zu den Kohen gehört, d. h. den Nachkommen Aarons, die nur ihre Mütter, Väter, Brüder und jungfräulichen Schwestern bis ans Grab begleiten dürfen. Nachdem Zadok Kahn im Namen der Gemeinde eine ausgezeichnete Rede zu Ehren des Verstorbenen gehalten und sich dann entfernt hatte, bog der Leichenzug in den jüdischen Kirchhof ein. An der Gruft wurden einige Gebete gesprochen, worauf die Sänger der verschiedenen jüdischen Synagogen von Paris einen Psalm vortrugen. Dann wurden die Reden gehalten. Pelletan sprach im Namen des Senats, Betsauud im Namen der Advokaten von Paris, Emmanuel Arago im Namen der Freimaurer, Dernbourg im Namen der israelitischen Allianz und Lelièvre (Deputirter) im Namen Algeriens. Dann sprach der Groß-Rabbiner von Frankreich, Sidor, einige Worte, worauf noch ein israelitischer Rumäne das Wort ergriff, um im Namen seiner Glaubensgenossen dem Verstorbenen für die Vertheidigung ihrer Rechte zu danken. Auf allen Strafen, über welche der Leichenzug kam, hatte sich eine große Volksmenge angesammelt. Man grüßte sehr achtungsvoll. Hier und da erklang auch ein Hoch auf die Republik.

[Die französischen Kronjuwelen.] Die „République Française“ schreibt: Herr Benjamin Massail, nebst 24 seiner Kol-

legen, haben in der Kammer den Antrag gestellt, die Kronjuwelen verkaufen zu lassen. Derselbe ist so zu sagen die wörtliche Wiederholung eines im Jahre 1871 von H. Hervé de Saix bei der Nationalversammlung gestellten Antrages, der von der Versammlung in Betracht geogen und darauf vergessen wurde. Hervé de Saix hatte die Veräußerung des sämtlichen Mobilairs der Krone verlangt und vorgebracht, den Ertrag der Wiederaufbauung der im Kriege zerstörten Städte zu widmen. Die heutige Kammer hat den Antrag zum Verkauf der Kronjuwelen in Betracht gezogen und wird nächstens auf den Bericht eines speziellen Ausschusses sich über die Frage zu entscheiden haben. Es ist höchst wahrscheinlich, daß sie den Antrag Raspa unter gewissem Vorbehalt annehmen wird. In der That repräsentieren die Kronjuwelen einen beträchtlichen Werth und sind unter einer demokratischen Republik von geringem Nutzen. Die Bewahrung derselben bietet gewisse Gefahren, wie dies der famose Diamantendiebstahl im Jahre 1792 bewiesen hat. Diese Juwelen aber müssen in zwei Theile getheilt werden, diejenigen, welche einen rein künstlichen, und solche, welche einen historischen Werth haben. Erstere müssen verkauft und in Circulation gebracht werden. Die Veräußerung derselben wird vermutlich von Niemandem bedauert noch bekräftigt werden. Mit den übrigen verhält es sich ganz anders. Einige darunter, durch ihren Kunstuwerth, verdienen in Museen aufbewahrt zu werden; andere, wie z. B. der „Regent“, müssen bewahrt werden, erstens, weil ihr außerordentlicher Werth nicht gestatten würde, dieselben unter vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen; ferner, weil sie für Frankreich wahrhaftige Familienandenken bilden.

[Die Jury für die von Herrn Pereire ausgesetzten Preise] hat sich am Mittwoch in Paris konstituiert und zu ihrem Präsidenten Herrn Isaac Pereire, zu Vizepräsidenten den Chemiker J. B. Dumas und den Senator Carnot, zum Generalsekretär den Abg. Camille Séé ernannt. Die Preisrichter sind jetzt an Herrn Pereire, 35 Haubourg Saint-Honoré zu adressieren; sie müssen, obgleich auf die Theilnahme des Auslandes besonderer Werth gelegt wird, französisch geschrieben oder doch von ihrem Verfasser in's Französische übersetzt sein. Das Urtheil wird in dem ersten Quartale des Jahres 1881 gesprochen werden.

Spanien.

[Über den Prozeß des Königsmörders Otero] erhält die „Pol. Korresp.“ aus Madrid, 8. Februar, folgende Mittheilungen:

Nachdem die langwierige Voruntersuchung gegen den Königsmünder Otero abgeschlossen ist, gelangte der Prozeß desselben gestern Mittag vor dem sogenannten Tribunal des königlichen Palastes zur Verhandlung.

In einem Saale von zehn Metern im Gewirt nahm ein einzelner Richter den Richtertuhl ein, neben welchem zur Rechten der öffentliche Ankläger und zur Linken der Vertheidiger Otero's ihre Plätze hatten. Den lebsteren hatte man in seinem Gefängnisse belassen. Ein Dutzend Advokaten und etwa 200 zumeist dem Handwerkstände angehörige Personen wohnten der Sitzung bei.

Ein Tribunal erster Instanz wird in Spanien immer nur durch einen Richter gebildet, welcher auch die Todesstrafe verhängen kann, dessen Urteil aber, um rechtskräftig zu werden (mag nun dagegen Berufung erhoben werden oder nicht), von dem aus fünf Richtern zusammengesetzten königlichen Gerichtshofe approbiert werden muß.

Aus der Anklage mögen folgende Daten hervorgehoben werden: Otero ist am 4. März 1860 geboren. Sein gesammtes Vermögen bestand am 4. Dezember, dem Tage, an welchem er die Arbeit aufgab, um ein Herumstreicherleben zu führen, aus 95 Francs. Er suchte in Toledo Beschäftigung und faute sich dort eine Pistole, um sich zu tödten. Da es ihm nicht gelang, Arbeit zu finden, kam er nach Madrid und faute auf dem Trödelmarkt die doppelläufige Pistole, deren er sich bei dem Attentate auf die Majestät bediente. Am 20. Dezember wollte Otero sich oder jemanden anderen tödten, und nachdem er mit einem Freunde, Ramón Cobo gesprochen, welcher aber jedes Gespräch mit ihm ableugnet, hatte er keinen anderen Gedanken mehr als zu sterben, nachdem er den König getötet haben werde.

Am Sonnabend vor dem Tage des Verbrechens begab sich Otero nach der Puerta del Sol im Zentrum von Madrid mit Pistole und Munition, um den König bei dessen Rückkehr aus der Alcazar zu ermorden, hörte aber, daß der König bereits vorbeihingen war.

Acht Tage später war Otero auf demselben Platz, lud seine Waffe in einem öffentlichen Anstandsorste, ohne vonemandem bemerkt zu werden, und folgte der königlichen Equipage ungefähr 300 Meter weit. Ohne zu wissen, durch welches Thor der König in den Palast fahren werde, lief er nach dem auf den Orientplatz führenden Pforte und stellte sich neben derselben auf, ohne daß ihm irgendemand die beiden am Thor postirten Schildwachen nicht ausgenommen, Beachtung geschenkt hätte. Er langte rechtzeitig an, weil er einen kürzeren Weg genommen hatte und weil die Pferde des königlichen Wagens wegen des herrschenden Glateises im Schritt geben mußten.

Beim ersten mit ihm aufgetretenen Verhör gestand der Verbrecher Alles, beim zweiten leugnete er. Er behauptete sogar, er habe durchaus nicht den König zu tödten beabsichtigt, sondern nur einen Stand machen und durch die Bayonetten der Schildwachen fallen wollen, weil er nicht den Mut gehabt, sich selbst das Leben zu nehmen. Er erklärte und blieb dabei, daß er sich niemals mit Politik beschäftigt oder in den Parteidampf gemengt habe. Er habe sehr selten Zeitungen gelesen, wiewohl er lesen und schreiben könne. Er wisse nicht, was eine geheime Gesellschaft sei und habe niemals einer solchen angehört. Er habe durchaus keinen Groll gegen den König, sei auch kein Feind der Monarchie und bedauere nur, daß die Provinz Lugo, in welcher sein Geburtsort liegt, nicht besser von der Regierung behandelt werde. Dieses Bedauern sei aber nicht die Veranlassung zu dem Verbrechen gewesen, dessen er angeklagt werde. (Es ist sonach nicht richtig, daß — wie die Pariser Blätter behaupteten — Otero den verbrecherischen Aufforderungen der extremen Parteien nachgegeben habe.)

Zu Anfang der Untersuchung jagte Otero aus, seine Freunde Perez Cobo und Antonio Garcia hätten ihm den Rath gegeben, den König zu ermorden, und erst von diesem Momente hätte er die Attentatsidee gefasst. Später stellten er und seine Freunde jede derartige Besprechung in Abrede. Otero erklärte sogar, er habe durch seine Angabe die beiden, die ihn ruinirt hätten, ins Verderben bringen wollen. Die beiden Genannten werden wegen Mangels an Beweisen ihrer Mithilfe an dem Verbrechen Otero's provisorisch auf freien Fuß gestellt.

Zwischen dem öffentlichen Anwalt und dem Vertheidiger Otero entpann sich eine juridische Debatte über die Frage, ob der Angeklagte als zurechnungsfähig zu betrachten sei.

Der königliche Prokurator ließ den Geisteszustand des Angeklagten durch zwei Irrenärzte untersuchen. Der Vertheidiger seinerseits setzte es durch, daß zwei Ärzte einer Irrenanstalt beigezogen wurden, um zu entscheiden, ob Otero im Zustande des Blödsinns oder der Monomanie oder des Wahnsinns gehandelt habe.

Die Erstern konstatierten in ihrem langen Gutachten, daß der Angeklagte im Besitze seiner geistigen Fähigkeiten gewesen, wenn auch seine Intelligenz nicht besonders entwickelt sei. Die beiden anderen Ärzte aber gaben ihr Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte unfähig sei, das Gute von dem Bösen zu unterscheiden und daß er bei Verübung seines Verbrechens vollkommen unzurechnungsfähig war.

Otero liest, schreibt und rechnet ziemlich gut, aber es fehlt ihm der moralische Sinn. Er ist unempfindlich gegen die Erinnerung an seine Eltern und hat keine Ahnung von der traurigen Berühmtheit, die sich an seinen Namen knüpft.

Die Doktoren Esquerdo und Capdevila, Verfasser von Werken über Geisteskrankheit, erklären, daß Otero blödsinnig sei.

Der königliche Staatsanwalt Gonzalez de Bejada vertrat die

Anklage mit Talent. Er wies nach, daß der Angeklagte mit Vorbedacht den König ermorden wollte, um seinesseits von den Wachen oder der Polizei getötet zu werden. Der öffentliche Ankläger fand keinen einzigen mildernden Umstand bei der Handlung des Angeklagten, welcher einen derartigen Instinkten Folge leistete.

Die Zuhörer folgten den Ausführungen des Staatsanwaltes mit feierlichem Schweigen und in der Überzeugung, daß Otero der auf sein Verbrechen gesetzten Todesstrafe nicht entgehen werde.

Der Vertheidiger machte unerhörte Anstrengungen, den Verbrecher vor der ihn erwartenden Strafe zu retten. Aber Angesichts der Beweise und der eigenen Geständnisse Otero's ist nur der König im Stande, die Ausführung der Todesstrafe durch Umwandlung in lebenslängliche Arrest zu hindern, was — wie man glaubt — die Königin in Anbetracht des jugendlichen Alters des Verbrechers bei ihrem hohen Gemahle beantragen wird.

Großbritannien und Irland.

London. Wie schon kurz gemeldet, stand jüngst der aus Mailand gebürtige sozialistische Arbeiter Alexander Schossa vor dem Londoner Zentral-Kriminal-Gerichtshof unter der Anklage, am 10. Januar d. J. mit Vorbedacht auf den Priester Ab. Bakanoowski geschossen zu haben, um denselben zu tödten. Die verschiedenen Zeugenaussagen ergaben nichts Neues. Der Vertheidiger des Angeklagten suchte den Beweis zu führen, daß es Schossa nicht um einen Mord, sondern nur darum zu thun gewesen, seinem Hass gegen die Priesterschaft Lust zu machen, indem er auf den amtierenden Geistlichen schoß und das Eigenthum der Kirche zerstörte. Die Geschworenen erkannten jedoch auf Schuldig, da kein Zweifel darüber herrschen könne, daß der Angeklagte die Absicht zu töten gehabt habe. Nachdem Schossa erklärt hatte, daß er keine weiteren Einwände zu machen habe, hält der Richter etwa folgende Ansprache an denselben:

Alexander Schossa, Ihr seid eines schändlichen Verbrechens klar überführt worden. Ihr habt am 10. Januar nicht allein ein sündhaftes Sakrilegium begangen, sondern auch dem in der Kirche amtierenden Geistlichen nach dem Leben getrachtet und fünf Schüsse zu diesem Zwecke auf denselben abgegeben. Es liegt kein Grund vor zu bezweifeln, daß Ihr den Priester ermordet hättet, wenn es Euch gelungen wäre. Die Rede Eures Vertheidigers, so fähig sie auch war, hat diese Überzeugung nicht in uns zu erschüttern vermocht. Ihr seid bereits in Italien in contumaciam zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe für ein ähnliches Verbrechen verurtheilt worden, daß einem jungen Manne das Leben kostete. Wäre es Euch gelungen, den Priester zu tödten, so würde ich ein Todesurtheil über Euch zu sprechen gehabt haben, ohne daß eine Stimme sich erhoben haben dürfte, um Euch vom Galgen zu retten. Nutzt den obwaltenden Umständen bin ich genötigt die nächste harte Strafe — diejenige der lebenslänglichen Zuchthausarbeit — über Euch zu verhängen.

Schossa, welcher sich während der Verhandlungen ziemlich theilnahmlos gezeigt hatte, wurde hierauf abgeführt.

[Die Vorgänge in Irland] haben in ganz Großbritannien die Agitation für eine anderweitige Regelung der agitatorischen Lage ins Leben gerufen, und bereits haben sich im ganzen Lande Organisationen für die Reform des Grund- und Bodengesetzes gebildet. Am Dienstag fand in London in der St. James-Halle unter dem Vorsitz des bekannten Radikalen Mr. Bradlaugh eine Delegiertenkonferenz dieser Organisationen statt, zu der sich außer den zahlreichen Deputirten verschiedener Genossenschaften, Gruben- und landwirthschaftlicher Arbeitervereine auch mehrere Parlamentsmitglieder eingefunden hatten. Nachdem verschiedene Briefe irischer Unterhausmitglieder verlesen worden waren, erklärte der Vorsitzende, derartige Meetings sollten eigentlich ein Programm für eine Grund- und Bodengesetzesreform-Liga aufstellen. Das gegenwärtige Meeting vertrete über 250,000 Männer in England, Irland, Schottland und Wales. Die Versammlung solle ruhig und ernst beschließen, aber ja ein radikales Programm wählen, da sonst die Arbeit verloren wäre. Dann wies Mr. Joseph Arch auf die Bedeutung der Reform für die arbeitenden Klassen hin. Im Verlauf weiterer Debatten über den Gegenstand machte Mr. Bradlaugh eine Anzahl Vorschläge für die Reform. Das Parlamentsmitglied Burt erklärte, daß er dem Meeting anwohne, um zu beweisen, auf welcher Seite er stehe. Jeder wohlwollende Reformplan werde die erste und nachdrückliche Unterstützung der Grubenarbeiter des Nordens erhalten. Die Reform sei die große Tagesfrage. Schließlich wurde die Resolution des landwirthschaftlichen Arbeitendelegirten Mr. Bell angenommen, daß das Meeting die Bildung einer Grund- und Bodengesetzesreform-Liga befußt Agitation für eine radikale Reform der Bodengesetze des Landes billige.

Rußland und Polen.

[Petersburg, 14. Februar.] Neben die bei den Nihilisten gemachten Funde] erzählt man sich hier folgendes: Unter den bei den Nihilisten beschlagnahmten Papieren befand sich eine chiffrirte Depesche, welche in der 3. Abtheilung der kaiserlichen Kanzelei nur mit Mühe enträthselt werden konnte. Aus dieser Depesche geht hervor, daß eine bedeutende Anzahl von Offizieren der Linientruppen, ja sogar der Garde, wie nicht minder einige Großwürdenträger, selbst solche, die der Person des Kaisers nahe stehen, mit den Nihilisten in Verbindung getreten sind, um den Kaiser endlich zu nötigen, dem Lande eine Konstitution der Armee, Presse und den Schulen mehr Freiheit zu geben. Die Entdeckung dieser Depesche, wie anderer Schriftstücke soll einen tiefen Eindruck hervorgebracht haben. Als dem Kaiser ihr Inhalt mitgetheilt wurde, ließ er sofort den Grafen Schuvalow zu sich berufen, mit dem er lange konferierte. Später wurde der Großfürst Thronfolger zum Kaiser berufen; über die Unterhaltung beider verlautet selbstverständlich nichts. Indes behauptet man, sie müsse sich auf die „sehr hochstehende Person“, von welcher in der bei den Nihilisten gefundenen Depesche die Rede ist, und die unzufrieden sein soll, weil ihre Verdienste im letzten Kriege nicht gehörig gewürdig und belohnt worden sind, beziehen. Die Polizei ist übrigens nach den letzten Funden, die sie gemacht hat, thätiger als bisher und es scheint, daß sie durch die aufgefundenen Papiere auf die Führer der Leiter der ganzen nihilistischen Bewegung geführt worden sei.

So viel steht jetzt schon fest, daß diejenigen Offiziere und Beamten, welche sich den Nihilisten angeschlossen haben, nicht den Um-

sturz der bestehenden Ordnung, sondern eine Reform im konstitutionellen Sinne wollen. Denn daß bereits ein Umschwung in den Ansichten der Nihilisten stattgefunden habe, erhellt aus folgendem Schluß eines aufgefundenen Briefes eines Nihilisten: „Es wird gewiß die Zeit kommen, wo es nothwendig sein wird, eine gewissenhafte, radikale Volkspartei zu bilden, die ein wirklicher Verfechter der Volksinteressen, aber kein Phantom eines solchen in der veralteten Form ist, und eine solche Partei wird dann nicht vorhanden sein. Es ist also nothwendig, dieselbe zu schaffen, inzwischen aber zu warten und langsam aber sicher in dieser Richtung zu arbeiten. Es ist Zeit, daß wir uns vom Zauber unserer bauerlichen Umgebung befreien und endlich aufhören, dem Scheine nachzujagen. Es sind dies jugendliche Ausbrüche, die zu nichts führen; ohne Kritik gehandhabt, werden sie nur die Ursachen großen Elends.“ Diese wenigen Zeilen deuten darauf hin, daß man auch im Lager der Nihilisten zu denken beginnt. Viele Hoffnungen werden auf den 2. März gebaut. Ob sie sich realisieren werden?

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

„Berlin, 17. Februar, Abends 5 Uhr.

Abgeordnetenhaussitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird von dem Eingange der bereits gemeldeten Vertragssvorlage seitens des Ministers des Innern Mittheilung gemacht. Der Gesetzentwurf betreffend die Bestimmungen zur Notariatsordnung wird in dritter Lesung genehmigt. Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung der Reichsteuerüberschüsse. Zu dem Hauptparagraphen 1 (Verwendung der Ueberschüsse zum Erlaß des entsprechenden Beitrages an der Klassen- und Einkommensteuer) stellt v. Hüne ein Amendement, demzufolge die eine Hälfte der Ueberschüsse an die Kreiskommunalverbände nach Verhältniß der aufgekommenen Staats-, Grund- und Gebäudesteuer vertheilt, die andere Hälfte zum Erlaß der Klassen- und Einkommensteuer verwendet werden soll.

Richter betont, wie wichtig es sei, durch Gesetz das formelle Recht auf Steuererlässe zu erhalten, wendet sich gegen den Antrag v. Hüne's und empfiehlt, sich bei Absaffung des Gesetzes möglichst an die betreffende königliche Kabinetsordre zu halten.

v. Hüne befürwortet sein Amendement.

Graf Behr empfiehlt den Kommissionsantrag.

Der Finanzminister erklärt, daß Zweck und Ziel des Amendements Hüne der Regierung durchaus sympathisch seien. Die Regierung habe die Nothwendigkeit der Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen wiederholt anerkannt und vertheilt. Der Antrag Hüne sei indefs wegen seiner Fassung in den Rahmen des Gesetzes nicht passend, weil das Gesetz in erster Linie den Erlaß an der Klassen- und Personensteuer als Ausgleich für die Erhöhung der indirekten Steuern im Auge habe. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer solle einer dauernden und definitiven Charakter haben und nicht variiren. Die Maßregel sei nur auszuführen im Wege der organischen Gesetzgebung und bereits in Ausarbeitung. Es empfiehlt sich daher, die Frage nicht weiter zu verfolgen.

Richter bekämpft das Amendement Hüne und vertheidigt den Kommissionsantrag.

Der General-Steuere-Direktor Burghardt wendet sich gegen einzelne Ausführungen Richter's und sucht die Vorzüge der Vertragssvorlage gegenüber der Kommission darzulegen.

v. Minnigerode polemisiert gegen Richter. Letzterer antwortet.

Der Antrag Hüne wird abgelehnt, § 1 nach dem Antrage der Kommission genehmigt.

§ 2 nach dem Kommissionsantrage bestimmt, daß der zu dem Klassen- und Einkommensteuer-Erlaß zu verwendende Betrag durch den Staatshaushaltsetat festgestellt werden soll.

Limburg-Stirum beantragt die Wiederherstellung der Vertragssvorlage.

Hobrecht tritt für die Kommissionssaffung ein.

Richter führt aus, das Gesetz ohne Feststellung des fraglichen Betrags durch den Etat widerspreche dem zwischen der Regierung und der Majorität seinerzeit getroffenen Abkommen und wäre für ihn und seine Parteigenossen unannehmbar.

General-Steuere-Direktor Burghardt wendet sich gegen Hobrecht und Richter und führt aus, der Unterschied zwischen dem von der Regierung Gewollten und dem Antrage der Kommission sei ein unerheblicher.

Richter bemerkt, die von konservativer und Regierungsseite versuchte Auslegung des im Vorjahr getroffenen Paktess auf einen Vertrauensbruch hinaus.

Der Finanzminister protestiert dagegen, und betont, daß die Regierung die königliche Kabinets-Ordre loyal ausführen aber weitere Zugeständnisse, betreffend das Steuerbewilligungsrecht, nicht gewähren werde. Als unannehmbar betrachte die Regierung den Kommissionsantrag nicht. § 2 wird hierauf nach dem Antrage der Kommission angenommen, § 3 und gleichfalls § 3 A. werden abgelehnt. Der Rest des Gesetzes nach der Fassung der Kommission angenommen. Nach Genehmigung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Auflösung des Lehnsvorbandes wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt anläßlich der Wahl des Reichstagspräsidenten: In Preußen wie im Reich, wo die Wahl in unbedingtes Belieben des Parlamentes gestellt sei, müßte die Präsidentenwahl als Zeugnis für die Mehrheit des Hauses gelten. Gerade in dieser Beziehung habe aber die jüngste Reichstagswahl überrascht. Um dem Fraktionsehrgeiz zum Triumph zu verhelfen, hätte die Kombination nicht scharfsinniger ausgedacht, nicht standhafter durchgeführt

werden können; es frage sich aber, ob die Mehrheit, mit welcher die Präsidentenwahl entschieden, die dauernde Mehrheit darstelle. Das Gros der für die Wahl entscheidenden Gruppen habe das Zentrum flankirt und sei von der konservativen Reichspartei gebildet worden. Von der Neigung des Zentrums, die Regierungspolitik zu unterstützen, sei im preußischen Landtag nichts wahrzunehmen gewesen. Die Taktik des Zentrums sei freilich nicht leicht zu durchschauen; es sei ja möglich, daß die konservative und die Reichspartei ihr Abkommen mit dem Zentrum nicht geschlossen hätten, ohne sich eventuell gewisser Bürgschaften zu versehen. Es wäre von großer Wichtigkeit, wenn die Konservativen dem Zentrum bezüglich des Sozialistengesetzes und Militärgesetzes, welche den Hauptgegenstand der Reichstagsarbeiten bildeten, entsprechende Zugeständnisse abgewonnen hätten; dann wäre ja eine kompakte Reichstagsmehrheit vorhanden, mit welcher die Regierung Hand in Hand gehen könnte. Mit solchen Möglichkeiten könne man sich aber nicht beschäftigen, bevor man nicht darüber Sicherheit habe, daß das Zentrum eintretenden Falles sich nicht von der Fortschrittspartei, den Polen und Particularisten flankiren lässe.

Das Reichsjustizamt ist mit dem Entwurf des Buchgesetzes beschäftigt. Die Beschlüsse der Kommission des vorigen Reichstags sind darin aufgenommen, außerdem sind die zivilrechtlichen Folgen des Buchgeschäfts geregelt.

Dresden, 17. Februar. [3. Februar ammer.] Auf Interpellation Ackermann's, das Vagantenthum betreffend, erklärt der Minister des Innern, die Regierung sei gern bereit, helfende Abänderungen der betreffenden reichsgesetzlichen Bestimmungen anzustreben. Als bestes Mittel für die mit Drohung verbundene Bettelierei sehe er die Wiedereinführung der Prügelstrafe an. Der Landtagschluß erfolgt in den ersten Tagen des März.

Posen, 17. Februar. Bei der Wiedereröffnung der Kammer kündigt die Chromrebe neben anderen Vorlagen Gesetzentwürfe über die Wahlreform und stufenweise Aufhebung der Mahlsteuer an. Der Passus über das Ausland sagt: Wir haben freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, dieselben werden uns von allen Staaten erwiedert, und befestigen die Ueberzeugung, daß die Unparteilichkeit und Loyalität der Regierungen das sicherste Mittel ist, das gute Einvernehmen der Völker aufrechtzuerhalten. Die Erhaltung des Friedens ist unser lebhafster Wunsch und von hohem Interesse für Italien. Daher ist die skrupulöse Beobachtung des Berliner Vertrages für Italien etwas Natürliches, ebenso ist es für Italien etwas Leichtes, seine der Welt ertheilte Zusage zu erfüllen, daß Italien wieder hergestellt in seiner Einheit das Element der Eintracht und des Fortschritts sein werde.

Vocales und Provinciales.

Posen, 17. Februar.

△ [Der Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowski] ist heute in Dienstangelegenheiten nach Gnesen gereist.

— **Der Kaiser als Pathe im Hause Radziwill.** Am Sonntag fand in Berlin die Taufe des am 6. d. geborenen Söhncchens des Generaladjutanten Fürsten Anton Radziwill durch den Divisionspfarrer Theimert im Radziwill'schen Palais statt. Der Täufling erhielt die Namen: Wilhelm Heinrich Janusz Stanislaus. Der Kaiser und die Kaiserin haben das Kind aus der Taufe. Unter den geladenen Freunden des Reichs-Hauses befand sich auch Generalfeldmarschall v. Moltke. Das fürstliche Paar besaß bisher drei Kinder, den 20jährigen Prinzen Georg, die 18jährige Prinzessin Elisabeth, sowie Prinzess Helene, welche am Tag vorher ihr 6. Geburtstag gefeiert hatte.

± **Personal-Veränderungen im V. Armeecorps.** Suhle, Prem.-Lieut. im Westf. Fuß.-Regt. Nr. 37, von seinem Kommando als Kompanie-Offizier bei der Unteroffizier-Schule in Jülich zum 1. April er. entbunden. Priek, Sec.-Lieut. vom 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19, als Komp.-Offizier zur Unteroffizier-Schule Jülich vom 1. April er. ab kommandiert. Trautvetter, Grempler, Portepreef. vom 4. Pos. Inf.-Regt. Nr. 59, v. Koscielski, v. Spoenla, Portepreef. v. Pos. III.-Regt. Nr. 10, Steegmann, Portepreef. vom 1. Westpr. Gren.-Regt. Nr. 6, Graf v. Lütichau, Portepreef. vom Westpr. Kürass.-Regt. Nr. 5, zu Seconde-Lieutenants befördert. Elia, Sec.-Lieut. der Infanterie vom 1. Bat. (Sprottau) 1. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 46, zum Premier-Lieutenant befördert. Freiherr v. Schlichting, Prem.-Lieut. der Reserve des Königs-Grafen-Regts. (Rheinischen) Nr. 7 — im Bezirk des Res.-Landw.-Bat. (Glogau) Nr. 37, — der Abschied mit dem Charakter als Rittmeister und der Erlaubnis zum Tragen der Landwehr-Armee-Uniform bewilligt. Matthäi, Sec.-Lieut. von der Kavallerie desselben Bataillons der Abschied bewilligt. Matthäi, Prem.-Lieut. von der Infanterie des 1. Bat. (Lauen) 2. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 47, der Abschied bewilligt. Januski, Hauptmann u. Komp.-Chef vom 3. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 50, der Abschied mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Regts.-Uniform bewilligt. Kusek, Hauptmann aggregirt demselben Regt., als Komp.-Chef in das Regt. einztriangt. Gabauer, Prem.-Lieut. der Inf. des 1. Bat. (Schroda) 2. Pos. Landw.-Regts. Nr. 19, der Abschied mit dem Charakter als Hauptmann und der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform bewilligt.

—ski — **Frau Helene Modzejewská auf der nordamerikanischen Bühne.** Über die Umstände, unter welchen die gefeierte polnische Schauspielerin Modzejewská, nachdem sie sich die englische Sprache völlig angeeignet hatte, die nordamerikanische Bühne betrat, auf welcher sie dann so große Triumphe feierte, sind in der Lage, folgende interessante, bisher noch nicht bekannte Details mitzuteilen:

Südlich von San-Francisco, da, wo die westamerikanische Küste eine plötzliche Wendung nach Osten macht und fast einen rechten Winkel bildet, liegt die Stadt Santa-Barbara, die wegen ihrer schönen Lage sowohl, als auch namentlich in Folge ihrer gesunden, herrlichen Luft ein sehr gesuchter klimatischer Kurort geworden ist. Namentlich von Brustkranken wird Santa-Barbara gern aufgesucht. Unter den Kurgästen, die dort ein ungezwingenes gesellschaftliches Leben führen, befand sich vor einigen Jahren auch die bei uns in Posen wohl bekannte polnische Schauspielerin Frau Modzejewská. Sie wurde rasch mit einigen Familien und durch diese in weiteren Kreisen bekannt. Als man erfuhr, daß sie eine Schauspielerin sei, wurde sie gebeten, kleine Theatervorstellungen dilettirender Damen und Herren einzutragen, zu leiten und auch selbst daran Theil zu nehmen. Vermöge der den Slaven, und namentlich den Polen eigenen Fähigkeit, leicht und schnell fremde Sprachen zu erlernen, machte sie im Englischen, das ihr schon

in ziemlich hohen Grade bekannt war, nicht sehr rasche, sondern sehr überschreitende Fortschritte. Dieser Umstand machte

zunehmend zu einem Antrieb, und was kaum anders erwarten ließ, kühl. Frau Modzejewská gab als Antrittsroll die Adrienne Leocourre. Mit der Entwicklung des Stücks stieg auch das Interesse der Zuschauer, sie erwärmt sich immer mehr, der Applaus, anfangs nur sehr schwach, stieg von Szene zu Szene, von Akt zu Akt so, daß die erste Vorstellung mit einem unzweifelhaften Erfolg schloß. Die nächsten Vorstellungen waren schon stark befebt, ja zehn Tage im Voraus bestellt werden mußten. Die Presse, so weit Referent Gelegenheit hatte, aus eigener Erfahrung wahrzunehmen, hat sich sehr lobend über Frau Modzejewská ausgesprochen, ja die Rezensenten verlieben sich zu einem wahren Enthusiasmus. Die Ovationen des Publikums, und, was noch mehr zu bewundern ist, der mitwirkenden Künstler und sogar der Künstlerinnen selbst nahmen kein Ende, kamen fast kein Maß. Als Frau Modzejewská nach New York kam, wo dem Publikum bereits ihren Ruf durch die Zeitungen bekannt geworden war, wiederholten sich dieselben Szenen. Aus alle Dem können wir den sicheren Schluss ziehen, daß diese Bühnenkünstlerin, was ihre Anlagen, ihre feine Auffassung der Rollen, die ideale Darstellungsweise ihrer Aufgaben, betrifft, fern von dem jetzt auch auf dem Gebiete der darstellenden Kunst so überhandnehmenden Realismus, einen wahren künstlerischen Beruf haben muß, und in diesem auch allerseits anerkannt wurde. Daß dieser mit großen Erfolgen gekrönte Flug aus den engen Grenzen der Heimat ihren Blick erweitern, ihre Auffassung bis in's Einzelne vertiefen und ihre Darstellungsweise klären mußte und konnte, nehmen wir als unzweifelhaft an. Wir freuen uns, daß Gute rückhaltslos anerkannt zu dürfen, wo wir es auch finden.

r. **Die Vermittelung der Rentenbanken** findet nach dem Gründungsgesetz vom 15. März 1879 zu dem Gesetz vom 27. April 1872, betr. die Ablösung der den geistlichen und Schulinstituten, sowie den frommen und milden Stiftungen zustehenden Realbeteiligungen, nur noch bei denjenigen Kapital-Ablösungen statt, welche bei der Königl. Generalkommission für die Provinzen Pommern und Posen bis zum 31. Dezember d. J. beantragt werden. Für den Berechtigten geht mit Ablauf dieser Frist auch die Befugnis, auf Kapitalablösung antragen, mit Ausnahme des im § 9 des Gesetzes vom 27. April 1872 gedachten Fälls, verloren.

r. **Über die Gewerbeverhältnisse** in unserer Stadt enthält der städtische Verwaltungsbericht Folgendes: Die Zahl der gewerbesteuerpflchtigen Gewerbetreibenden betrug nach der Gewerbesteuervolle pro 1879/80: 2897, gegen 2849 pro 1878/79, d. h. also 48 mehr. Die Anzahl der Kaufleute, Händler, Brauer, Fleischer, Bäcker, Müller in der Klasse A I. hatte von 58 auf 61, in der Klasse A II. von 820 auf 838 zugenommen, dagegen in der Klasse B I. von 1011 auf 1006 abgenommen, die der Kleinhändler mit geistigen Getränken in Klasse B II. von 2 auf 3 zugenommen, die der Gast-, Speise-, Schankwirth und Konditoren in Klasse C. von 315 auf 309 abgenommen, die der Handwerker in Klasse H. von 443 auf 460, die der Schiffer und Fuhrleute in Klasse K. von 200 auf 220 zugenommen. Steuerfreie Händler sind in der Rolle verzeichnet 56 pro 1879/80 gegen 43 pro 1878/79. Steuerfreie Schiffsgesäß sind in der Rolle verzeichnet: 32 pro 1879/80 gegen 35 pro 1878/79. Zur Anmeldung sind vom 1. April 1879 ab bis jetzt 42 steuerfreie Gewerbetreibende gelangt. Steuerfreie Genossenschaften sind 5 vorhanden. Da die Stadt Posen nach der letzten Volkszählung 60,998 Einwohner hat, so entfällt nach dem Objekt auf 197 Räume eine Gast- resp. Schankwirthschaft. Gewerbesteu-Untersuchungen haben im Jahre 1878/79 78 geschwebelt, von denen 8 noch nicht endgültig entschieden sind. In dem laufenden Steuerjahr sind bis jetzt 42 Gewerbesteu-Pröfze eingeleitet, von denen 13 bereits entschieden sind. Das Veranlagungssoll betrug 1879/80 95,374 M. gegen 93,066 M. pro 1878/79 (d. h. also 2308 M. mehr), und zwar in Klasse A I. 13,824, in Klasse A II. 40,632, in Klasse B I. 18,090, in Klasse B II. 54, in Klasse C 11,100, in Klasse H 8244, in Klasse K 3430 M.

r. **Der allgemeine Männergesangverein** feierte am Sonnabend im großen Lambert'schen Saale unter außerordentlich starker Beteiligung ein Massenfest. Es bewegten sich in dem Saale 240 Männer; außerdem saßen ca. 300 Nichtmaskirte als Zuschauer theils auf einer Estrade an der Fensterseite des Saales und auf der Münstertribüne, theils auf der Gallerie des durch Herrn Höven mit Emblemen, Fahnen und Topfgewächsen geschmückten Saales. Der Einzug erfolgte 8½ Uhr Abends unter den rauschenden Klängen der Musik von dem kleinen Saale aus, indem jede männliche Maske dabei eine Lampion-Fackel trug; an dem Fackeltanz, der nur in dem großen Saale begann, nahmen ca. 120 Paare Theil. Unter den Masken waren so ziemlich alle Nationalitäten vertreten; der Anblick dieser großen Schaar fröhlich und heiter sich bewegenden, in glänzende und prächtige Kostüme gekleideten Gesellen war ein in hohem Grade anziehender und fesselnder. Besonderes Aufsehen erregten 8 Paare, welche in aldeutsche, und 12 Paare, welche in polnische Kostüme in den Nationalfarben gekleidet waren. Die, sowie manche andre prächtige Kostüme waren zu dem Feste aus Berlin verschrieben worden. Den Glanzpunkt des Festes bildeten: eine von den 8 Paaren in aldeutschem Kostüm aufgeführte Quadrille, ferner eine von den 12 Paaren in polnischem Kostüm getanzte Mazurka, und eine Gallopade grotesque, welche gerade 12 Uhr Mitternachts, zum Beginn der großen Pause, ihr Ende erreichte. Das vorzügliche Gelingen dieser drei Tänze ist vornehmlich dem Ballettmaster Herrn Plästerer zu verdanken, unter dessen Leitung dieselben eingebürt worden waren. Die Demaskirung erfolgte in üblicher Weise um Mitternacht. Das schöne Fest erreichte erst in früher Morgenstunde sein Ende.

Magistrat im Verein mit der Handelskammer die Notirung der Preise im Cerealienvorkehr in der Weise vorgenommen, daß die Berücksichtigung der Abstufung in der Güte der Ware durch Aufstellung der Rubriken „fein“, „mittel“ und „ordinär“ geschah. Die Kammer sah sich in der Folge zu Demonstrationen dagegen veranlaßt, daß diejenigen Dualitäten der Cerealien durchaus Rechnung tragende Preisnotirungsmodus mit denjenigen vertauscht werde, der nach Vorschrift des ministeriellen Rescripts vom 29. März 1872 statt der oben erwähnten, die Unterscheidung in schwere, mittlere und leichte Ware zur Basis der Werthermittlung mache, und fand sich deshalb in Übereinstimmung mit dem Magistrat genötigt, einer Beteiligung an den ferneren stattfindenden, mit der gedachten ministeriellen Verfahrung in Einklang gebrachten offiziellen Marktpreisnotirungen zu entgegen. Ein hinterher ergangener Ministerialerlaß vom 3. September 1875 enthält die Bestimmung, daß in größeren Marktplätzen Marktkommissionen durch den Gemeindevorstand unter Zusicht von Handelskammer-Delegirten zu bilden sind. Nachdem nun einem Antrage des Magistrats, in welchem er um Ausführung der Bestimmungen des letztergedachten Rescripts ersuchte, von der königl. Regierung nicht stattgegeben worden ist und nachdem für die gleichartigen Verhältnisse in Breslau der Herr Minister des Innern die Dualitätsabstufungen im Sinne der Anträge der hiesigen Handelskammer auf „fein“, „mittel“, „gering“ statuirt hat, wird die Kammer in einem Vorstellen an den ebengenannten Herrn Rektorchef die Neubildung einer Marktkommission wiederum beantragen.

Zur Erörterung kommt sodann das Projekt einer Eisenbahn Posen-Słupce. Die Kammer hält es unter den eingetretenen Umständen für geboten, an zuführender Stelle erneut und dringend auf die Notwendigkeit der Konzessionierung einer Eisenbahn von Posen über Słupce nach Warschau hinzuweisen.

Einen ferner Gegenstand der Tages-Ordnung bildete die Einführung einer größeren Fahrgeschwindigkeit auf der Eisenbahnstrecke Posen-Bielgard-Rügenwalde-Stolpmünde. Auf der am 22. v. Mts. in Bromberg abgehaltenen Eisenbahnkonferenz hat der Vertreter der Handelskammer Namens seiner Körperschaft bei der königlichen Direction der Ostbahn beantragt, auf der eben genannten, als Vollbahn gebauten, mit Stahlseilen und eichenen Schwellen ausgestatteten Linie schneller Verkehrszeit einzurichten. Derselbe hat hervorgehoben, daß die Durchführung des bisherigen Sekundärbetriebs auf einer Bahnlänge des Hauptapponts von circa 270 Kilometern normal sei und die hiermit zusammenhängende Verkürzung des Zugverkehrs eine nur untergeordnete Benutzung der Fahrgelegenheit herbeiführen müsse. Das vom Reichseisenbahnamt erlassene Reglement mit der Anordnung einer Zuggeschwindigkeit bis zu 30 Kilom. pro Stunde auf Sekundärbahnen streift das Verhältniß der Posen-Bielgarder sc. Bahn nur insoweit, als an einzelnen bisher unbewachten Wegeübergängen die Etablierung von Barrieren und Wärterburden mit Bewachung noch ausstehe. Inzwischen habe sich, und zwar dem Anscheine nach mit ziemlicher Einstimmigkeit, in den Kreisen hervorragender Techniker die Anerkennung herausgebildet, daß für Bahnen, wie die in Rente stehende, mit meist horizontaler Lage und sonst wenig hervortretenden natürlichen Schwierigkeiten selbst unter Beibehaltung der gebräuchlichen Art von Nebengangsbewachung und der Klingesignale eine Geschwindigkeit bis zu 45 Kilom. pro Stunde ohne Gefährdung durchführbar sei. Sollten demnach gegenwärtig die Kosten der für die reglementarische Zulassung des Vollbetriebes noch schlechten Ausstattungen der Linie vermieden werden, so ergebe sich als das Geeignete, auf eine Änderung des vorgenannten Reglements in der Art hinzuwirken, daß für Bahnen von der Beschaffenheit der Posen-Bielgarder sc. eine Fahrgeschwindigkeit bis zu 45 Kilom. pro Stunde mit dem gegenwärtigen Bewachungssystem konzediert werde. Da die königliche Direction der Ostbahn den in solcher Beziehung vom Vertreter der Handelskammer gemachten Ausführungen im Allgemeinen sich zugeneigt erwiesen hatte, beschließt die Kammer, in diesem Sinne nunmehr formell ihre Anträge an die eben gedachte Stelle zu richten.

Nachdem gegenüber einem in derselben Konferenz diesseits ausgesprochenen Wunsche, es möchte die Strecke Posen-Bielgard sc. die zwar in dem Niederländisch-Ostdeutschen Verband bezüglich des Ausnahmetarifs für Getreide, nicht aber in den Preußisch-Sächsischen aufgenommen ist, in letzteren Verband einzbezogen werden, die königliche Direction der Ostbahn sich entgegenkommend gezeigt hatte, gelangt eine Mitteilung ebenderselben, welche sich auf die Durchführung dieses Antrages bezieht, zur Berathung.

In Hinsicht auf den von der Handelskammer berichteten Umstand, daß auf den von hier ausgehenden neuen Strecken der Ostbahn die Frachtfäße sich höher stellen als auf den alten, hat die königliche Direction erwidert, daß diese Ungleichheiten bei der gegenwärtig stattfindenden Umrechnung des Tarifs ausgeglichen werden würden, zum Theil freilich unter Erhöhung der älteren Sätze.

Es kommt demnächst ein Rescript des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten zur Verleihung, wonach die königliche Direction der Oberschlesischen Bahn angewiesen ist, von der Einführung der Nachtpersonenzüge zwischen Posen und Kreuz Abstand zu nehmen.

Eine Requisition der königlichen Fortifikation hier selbst, betreffend die Ermittlung von Vorräthen der Hauptverbrauchsobjekte an hiesigem Platze, gelangt auf Grund eines Referats zur Besprechung. Die Kammer verschiebt die Beschlusssfassung darüber bis zur nächsten Sitzung.

Mit der Einführung der Börsenkommisare in ihr Amt wird Herr Kommerzienrat Louis Jaffé betraut.

Wegen vorgerückter Stunde wird die Sitzung abgebrochen und die Erledigung der Tagesordnung auf den 12. d. M. vertagt.
(Schluß folgt.)

Entwurf einer Jagdordnung.

(Fortsetzung und Schluss.)

Siebenter Abschnitt. — Staatsaufsicht.

S 70. Die Aufsicht des Staates über die Ausübung des Jagdrechtes steht in erster Instanz zu: dem Landrath (Amtshauptmann, Oberamtmann), in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde, in den Fällen der §§ 67, 68, 72 dem Regierungspräsidenten.

S 71. Der Aufsichtsbehörde liegt insbesondere ob, darüber zu machen: 1) daß die Vorschriften über die Bildung der Jagdbezirke, insbesondere über die Errichtung der in den §§ 4, 12 vorgeordneten Anzeigen, zur Ausführung gebracht werden; 2) daß Jagdpachtverträge, welche gemäß den §§ 32, 40, 42 aufgehoben sind, oder denen die Genehmigung gemäß § 68, Ziffer 4, nicht erteilt ist, nicht zur Ausführung gebracht werden; 3) daß die Geschäftsführung der Jagdvorstände dem Gesetz gemäß gehandhabt und in geordnetem Gange gehalten wird. Beschlüsse, welche die Besugnisse des Jagdvorstandes überschreiten oder die Gesetze verletzen, kann die Aufsichtsbehörde beanstanden. Gegen die Beanstandung steht dem Jagdvorstand die Klage bei dem Bezirksverwaltungsgerichte zu.

S 72. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, die gerichtlich beeidigten Forst- und Jagdbeamten des Staates und der Gemeinden zu Jagdschutzbeamten für bestimmte Bezirke zu bestellen. Der Jagdschutzbeamte hat innerhalb des ihm zugewiesenen Bezirks die Befolgungh der jagdpolizeilichen Vorschriften zu überwachen und Zuiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Achter Abschnitt. — Strafbestimmungen.

S 74. Mit Geldstrafe von fünf bis zu zwanzig Mark wird bestraft, wer bei Ausübung der Jagd seinen Jagdschein nicht mit sich führt.

S 75. Mit Geldstrafe von fünf bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft: 1) wer die Anzeigen, zu denen er nach den §§ 4, 12 verpflichtet ist, rechtzeitig zu machen, oder wer als Jagdvorsteher die Beschlüsse und Protokolle, zu deren Einreichung er nach § 30 verpflichtet ist, rechtzeitig einzureichen unterläßt; 2) wer,

abgesehen von den Fällen der §§ 292—295 des Strafgesetzbuches, ohne Begleitung des Jagdberechtigten oder ohne einen gültigen Erlaubnischein desselben (§ 41) mit sich zu führen, die Jagd in einem fremden Jagdbezirk ausübt; 3) wer die Jagd innerhalb der abgegrenzten Festungsräume ausübt, ohne einen von der Festungsbehörde visirten Jagdschein mit sich zu führen (§ 51).

S 76. Mit Geldstrafe von zwanzig bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft: 1) wer auf seinem Grundstück die Jagd ausübt, wiewohl sie nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ruht; 2) wer innerhalb des um ein Festungswerk, ein Pulvermagazin oder eine ähnliche Anstalt abgegrenzten Sicherheitsraums die Jagd mittels Schußwaffen ausübt (§ 20); 3) wer einen Jagderlaubnischein gegen Entgelt ertheilt (§ 42); 4) wer auf Grund eines gegen Entgelt ertheilten Erlaubnischeins die Jagd ausübt; 5) wer, ohne einen Jagdschein erhalten zu haben, die Jagd ausübt; 6) wer von einem nicht auf seinem Namen ausgestellten, oder von einem abgelaufenen, oder von einem gemäß § 50 für ungültig erklärten Jagdschein zum Zwecke der Jagdausübung Gebrauch macht; 7) wer als Jagdberechtigter den Vorschriften des § 55 zu wider Kätz- oder Möveneier einsammelt oder Eier oder Junges von jagdbarem Federwild fort nimmt; 8) wer den Vorschriften der §§ 56 bis 58 zu wider Wild versendet, zum Verkaufe umherträgt oder ausstellt, feilietet oder verkauft oder anfaßt. Neben der Geldstrafe oder der Freiheitsstrafe sind in den Fällen zu 1, 4, 5, 6 die Jagdgeräthe, welche der Thäter bei der Zu widerhandlung mit sich geführt hat, in dem Falle zu 7 die eingesammelten und fortgenommenen Eier, sowie die ausgenommenen Junges, in dem Falle zu 8 das den Gegenstand der Zu widerhandlung bildende Wild einzuziehen, ohne Unterschied, ob der Schuldeigentümer ist oder nicht.

S 77. Wer den Vorschriften dieses Gesetzes oder den gemäß § 54 ergangenen Besitzungen zu wider Wild während der Schonzeit erlegt oder einfängt, oder wer der Vorschrift des § 53 zu wider Wild in Schlingen fängt, wird bestraft: 1) für ein Stück Elchwild oder Rothwild oder einen Biber mit einer Geldstrafe von einhundertundfünfzig Mark; 2) für ein Stück Damwild mit einer Geldstrafe von einhundert Mark; 3) für ein Stück Rehwild mit einer Geldstrafe von sechzig Mark; 4) für ein Stück Auernwild, einen Fasan oder einen Schwan mit einer Geldstrafe von dreißig Mark; 5) für einen Dachs, einen Hasen, eine Trappe, ein Stück Birkwild oder ein Stück Haselwild mit einer Geldstrafe von fünfzehn Mark; 6) für ein Rehbulle, eine Wachtel, eine Schneipe, eine Ente oder ein Stück anderen Sumpf- oder Wassergeflügels mit einer Geldstrafe von fünf Mark. Sind mulde Umstände vorhanden, so kann an geringere als die vorstehend bestimmt Geldstrafen erkannt werden; jedoch muß die Geldstrafe in den Fällen zu 1 mindestens dreißig Mark, in den Fällen zu 2 mindestens zwanzig Mark, in den Fällen zu 3 mindestens zehn Mark, in den Fällen zu 4 bis 6 mindestens drei Mark betragen. Bei einer Zu widerhandlung gegen den § 53 sind neben der Geldstrafe die zur Anwendung gebrachten Schlingen einzuziehen, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldeigentümer gehören oder nicht.

S 78. Für die Geldstrafe und die Kosten, zu denen Personen verurtheilt werden, welche unter der Gewalt, oder Aufsicht, oder im Dienste eines anderen stehen und zu dessen Haushaltung gehörten, ist letzterer für den Fall des Unvermögens des Verurtheilten für haftbar zu erklären, und zwar unabhängig von der etwaigen Strafe, zu welcher er selbst auf Grund dieses Gesetzes oder des § 361 Ziffer 9 des Strafgesetzbuches verurtheilt wird.

Wird festgestellt, daß die That nicht mit seinem Wissen verübt ist oder daß er sie nicht verhindern konnte, so wird die Haftbarkeit nicht ausgesprochen.

Hat der Thäter noch nicht das zwölfe Lebensjahr vollendet, so wird derjenige, welcher in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmung haf tet, zur Zahlung der Geldstrafe und der Kosten als unmittelbar haftbar verurtheilt. Dasselbe gilt, wenn der Thäter zwar das zwölfe, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte und wegen Mangels der zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner That erforderlichen Einsicht freizuprächen ist, oder wenn derselbe wegen eines seine freie Willensbestimmung ausschließenden Zustandes straffrei bleibt.

Gegen die in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen als haftbar Erklärten tritt an die Stelle der Geldstrafe eine Freiheitsstrafe nicht ein.

Neunter Abschnitt. — Übergangs- und Schlusbestimmungen.

S 80. Die zur Zeit bestehenden Jagdpachtverträge treten mit dem 1. April des auf die Bekündigung dieses Gesetzes folgenden Jahres außer Kraft.

Wird hierdurch eine laufende Pachtzinsperiode abgekürzt, so verringert der Pachtzins sich nach Verhältniß der Zeit, um welche die Abkürzung stattfindet.

S 83. Beschwerden und Klagen sind in allen Fällen innerhalb einer präzisiven Frist von zwei Wochen anzubringen.

S 84. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April des auf die Bekündigung folgenden Jahres in Kraft.

Auf die vor die Zeitpunkte anhängig gemachten Sachen finden in Beziehung auf die Zuständigkeit der Behörden, das Verfahren und die Zulässigkeit der Rechtmittel die Bestimmungen der früheren Gesetze Anwendung.

S 85. Mit dem im § 84 bezeichneten Zeitpunkte treten alle dem gegenwärtigen Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft. Urkundlich sc.

Bemischtes.

—f.— Am Donnerstag den 12. d. M. ging „Gute Zeugnisse“, Lustspiel von C. Mallachow und O. Elsner, am Altstheater zu Landberg a. W. unter Regie des Herrn Dr. Hugo Müller, der daselbst mit seiner Frau Clara Müller-Schunke, gärtirt, in Scene. Herr Dr. Müller (Steinsfeld), Frau Clara Müller (Baronin Seldnitz) wurden für ihr künstlerisch durchdachtes Spiel durch mehrfachen Applaus bei offener Scene ausgezeichnet. Ebenso Fräulein Bastie (Gerda), die für naive Rollen ein sehr anmutiges Talent besitzt. Das gut besuchte Haus war sehr animirt und applaudierte jeden Abschluß. Nach dem Ende der Vorstellung wurden die anwesenden Verfasser gerufen, Herr Dr. Müller dankte in ihrem Namen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Hust-Nicht
Honig-Kräuter-Malz-Extract und Caramellen von L. H. Pietsch & Co. in Breslau. Sicherste Mittel gegen Husten, Catarrh, Heiserkeit, entzündliche Zustände der Lungen und Lufttröhren, Verschleimung der Atmungsorgane etc. Dieselben sind auf das Dringendste zu empfehlen und verdanken ihre wunderbaren Erfolge der naturgemäßen Wirkung ihrer heilkraftigen Bestandtheile.

Engros-Verkauf (in Originalflaschen und Packeten) in Posen bei Krug & Fabricius, Breslauerstraße 10/11, St. Martin 52/53, Halbdorfstraße 38, Sapiehaplatz 2a, in der Apotheke; in Schrimm bei Madalinski & Co.; in Grätz bei A. Unger; in Czarnikau bei Gebr. Boetzel; in Tilsit bei R. Ziegler.

Mittheilungen aus dem Protokoll der Handelskammerstungen vom 3. und 12. d. M.

In der am 3. d. M. stattgehabten Sitzung der Handelskammer wurden die bei den innerhalb der gesetzlichen Frist nicht beanstandeten Wahlen vom 15. resp. 21. v. M. neu, bzw. wiedergewählten Mitglieder in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. Sodann wählte das Kollegium für die Dauer des Geschäftsjahres den Geh. Kommerzienrat B. Jaffé zum Vorsitzenden und zum Stellvertreter desselben Herrn Stadtrath Annus. Für die gleiche Zeitdauer wurden die ständigen Kommissionen und das Börsenkommissariat durch Wahlen neu gebildet.

Die Kammer sprach einmütig ihr lebhaftes Bedauern aus, daß Herr Stadtrath Garay, ein langjähriges, hochverdientes Mitglied der Kammer und seit einer Reihe von Jahren Stellvertreter des Vorsitzenden, eine Wiederwahl in die Körperschaft abgelehnt hat. Sie votierte gleichzeitig dem ausgetretenen Kollegen ihren Dank für seine durch herzliche Gedanken und hinaebende Pflichttreue ausgezeichnete

Nothwendiger Verkauf.

Das in Urkunde unter Nr. 7 belegene, den Wirth Franziska, verwitwet gewesenen Waligorska und Janah Aniolaschen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhaber von 16 Hektaren, 22 Acren, 80 Quadratfuss der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 168 Mark 96 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsvermögen von 90 Mark veranlagt ist, soll beauftragt werden, öffentlich meistbietend gegen sofortige baare Zahlung versteigern.

Bernau,
Gerichtsvollzieher.
am 24. April 1880,

Vormittags 10 Uhr, im Amtsgerichts-Gebäude, Zimmer Nr. 5, am Sappeplatz hier, versteigert werden.

Posen, den 16. Februar 1880.
Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.
Dr. Traumann.

Bekanntmachung.

Die Substation des Carl Klingischen Grundstücks Nr. 166 zu Schwerenz und der am 22. April 1880 in Schwerenz anstehende Versteigerungs-Termin werden aufgehoben.

Posen, den 17. Februar 1880.
Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschafts-Register ist bei Nr. 2 —

Vorschussverein Krotoschin — folgender Vermerk:

an Stelle des ausgeschiedenen Rektors Huth ist der Bürgermeister Sartori als Direktor und an Stelle des ausgeschiedenen Kassirers Sartori der Kaufmann Joseph Glatzel als Kassirer in den Vorstand eingetreten.“

Katz, Auktions-Kommissarius.

heut eingetragen worden.

Krotoschin, den 7. Febr. 1880.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für die im Gesellschafts-Register des hiesigen Gerichts unter Nr. 9 eingetragene Handelsgesellschaft

H. Moses in Erin hat die Frau Kaufmann Helene Moses, geborene Abraham zu Erin, als alleinige Vertreterin der Gesellschaft dem Kaufmann Samuel Moses zu Erin Prokura ertheilt und ist dies unter Nr. 14 am 10. Februar 1880 in das Prokurenregister eingetragen.

Schubin, den 10. Februar 1880.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 18 eingetragene und in das Gesellschaftsregister unter Nr. 9 übertragenen Handelsgesellschaft in Erin, der Frau Helene Moses und deren Kindern in Erin gehörig, wird nicht M. Moses, sondern

H. Moses

heissen und auch so zeichnen.

Dies wird mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6. Februar c. berichtigend bekannt gemacht.

Schubin, den 12. Februar 1880.

Königliches Amtsgericht.

Zu dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns A. Gundlach zu Nadel hat die verehelichte Eigentümer Daniel Beck in Brüderkopf nachträglich eine Forderung von 300 Mark angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist

auf den 13. März 1880

Vormittags 11 Uhr, in unserem Gerichtslokal, Terminkammer Nr. 10, vor dem Herrn Amtsrichter Unger anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Lobsens, den 14. Februar 1880.
Königl. Amtsgericht.

Auktion.

Mittwoch, den 18. d. M., von 9 Uhr und Nachmittags von 3 Uhr ab, werde ich Wilhelmsplatz Nr. 18 verschiedene Möbel, seinelein. Tischentziffer, Tischdecke, seine Unterröcke, Gold- und Silbersachen, Schuhe und Stiefel u. s. w. gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Katz, Auktions-Kommissarius.

Kartoffelerport-

Säde.

Im Posten sehr billig.

A. Strauss-Collin

Frankfurt a. M.

Preisverzeichnisse unentgeltlich und franco.

Katz, Auktions-Kommissarius.

Auktion.

Freitag, den 20. d. M.,

Vormittags von 10 Uhr ab,

werde ich im gerichtlichen Pfandlokal, Wilhelmsstraße 32, verschiedene Möbel, darunter eine rote Bluschgarnitur, bestehend aus einem Sofa und 2 Fauteuils, Goldsachen, als Brochen, Medaillons, Uhren etc., eine goldene Herrenruhr, eine Parthe-Bücher, polnischen Inhalts, und einige Hundert Flaschen guten Rheinwein öffentlich meistbietend gegen sofortige baare Zahlung versteigern.

Bernau,
Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

am 26. d. M.,

um 10 Uhr Vormittags

50 Pfaster

gemischtes Kiefern Klobenholz

an den Meistbietenden gegen Baar-

zahlung verkauft werden.

NB. Die Chaussee ist bis 7.7

zu passieren.

Auktion.

Freitag, den 20. d. von

9½ Uhr und Nachmittag von 3 Uhr ab werde ich Wilhelmsplatz 18 ver-

schiedene Möbel, als: 2 Bett-

stellen mit Federmatratzen, Garde-

roben-Spinde, Patent-Auszieh- und

andere Tische, Spiegel-, Silber-, Kleider- u. Wäsche-Spinde, Bilder, Teppiche, Gardinen; zur selben Zeit wegen einer Streitmasse 400 wollene Schlafdecken, 3 Ellen lang, 300 wollene Würdedecken, 2½ Ellen lang, 50 Dutzend Taschentücher, leimene Taschentücher, u. s. w. gegen baare Zahlung versteigern.

Katz, Auktions-Kommissarius.

Bekanntmachung.

9.2.1880.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289,380.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservesonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 2,023,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 220,810. An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten M. 1,475,810. Sonstige Passiva M. 76,410. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 121,700.

Die Direktion.

Bekanntmachung.

Posen am 14./15. Februar 1880.

Ativa: Metallbestand Mark 730,850, Reichsscheine M. 1660, Noten anderer Banken M. 121,300, Wechsel M. 5,275,120, Lombardforderungen M. 1,176,850, Sonstige Aktiva M. 289

Allgemeiner Männergesang-Verein.

Vokal- und Instrumental-Concert

Wohlthätigen Zwecken.

Montag, den 23. Februar 1880, Abends 7½ Uhr,
im Lambert'schen Concert-Saale,
unter freundlicher Mitwirkung der

Frau Dr. Theile

und der Kapelle des 1. Westphälischen Fußjäger-Regts.

Nr. 37.

Programm:

1. Ouverture zu Anacreon
2. "Frühlingserwachen das Vaterland".

Für Chor und Orchester von

3. Zwei Chöre a capella:

a) "Durch den Wald". Gedicht v.
R. Steinick, comp. von

b) "Heute scheid' ich". Gedicht v.

4. a) "Waldböglein". Solopartie mit
Violoncello u. Klavierbegleitung

b) "Der Hirtin Gesang" mit Klavier-

c) "Frühlingslied" mit Klavier-Begleitung

5. Sechs altniedersächsische Volkslieder aus
der Sammlung der Adrianius Vale-

rius vom Jahre 1626, überetzt von

Josef Wenzl, für Tenor. u. Bariton-

Solo, Männerchor, Orchester und

Harfe bearbeitet von

6. Soena et Aria. "Ah! perfido". So-

pran-Solo mit Orchester

7. Souvenir de Mozart. Violinsolo mit

Orchester

8. Hymnus nach dem 67. Psalm. Ged.

von Jul. Otto jun. für Männerchor

und Orchester

Billets zu nummerirten Sitzen à 1,50, zu Steh-

plätzen à 1,00 zu haben bei Herrn Schachschneider

und in der Hof-Buch- u. Musikalienhandlung der Herren

Ed. Bote & G. Bock.

Syphilis, Geschlechts-,
Haut-, Frauenleiden, Pollut. u. Impotenz heißtt briefl.
ohne Verlustförderung gründl. u. schnell
Dr. med. Zilz, Berlin, Prinzenstr. 34.

Ein unmöblirtes Zimmer, nach
vorn, ist sofort oder für später zu
verm. Näh. Neustr. 2 im Laden.

Ein fein möbl. Zimmers. Zimmer à
zu vermieten Kl. Ritterstr. 14, III.

Sapichaplah Jr. 4 2 gut
möblirte Zimmer vorheraus à verm.

Mann 92 ist im zweiten Stock eine
Wohnung vom 1. April cr. ab zu
vermieten. Näheres Markt 42.

1 Wohnung (2 Stuben cr.)
per 1. März umzugshab. billig zu
vermieten. Näh. Schießstraße 6,
Seitenhaus, 2 Dr. links.

Gr. Gerberstraße 23 ist p. April
eine Wohnung v. 2 3. u. Küche à
verm. Näh. Mühlenstraße 30 bei
M. Graeser.

Zu vermieten:
3 Stuben, Küche und Nebengelaß,
2 Stuben, Küche zum 1. April cr.

St. Martin 52/53.
2. Etage.

Graben 7
findt im Hinterhause 2 Stuben zu
vermieten.

Martinstraße 18 ist veriegungs-
halber die halbe 1. Etage — 6 Stuben
nebst einger. Badeküche und sonstigem
Zubehör — zum 1. April cr. zu
vermieten.

Bertretung.
Ein sehr altes Weingeschäft in
Bordeaux, welches seit vielen Jahren
in Polen große und feste Kundenschaft
unter den adeligen, reichen Guts-
besitzern hat, wünscht einen Herrn
(Polen) aus guter Familie, welcher
jährlich während 2-3 Monaten die
Kunden auf dem Lande besuchen
müsste, die Bertretung zu übertragen.
Herrn mit Prima-Referenzen be-
leben sich brieflich zu melden sub
J. A. 3921 durch Rudolf Wosse,
Berlin SW.

Eine Wirthschafterin
mit guter Empf. sucht selbstständige
Stellung. Off. unt. "Dienst" post-
lagernd Posen.

Erfahrene Wirthschafterinnen,
Mädchen jeder Art, sowie tüchtige
Haushälter, empfiehlt Frau Marten,
Friedrichsstr. Nr. 16.

Cherubini.

Lachner.

G. Schäffer.

C. Isenmann.

Dr. Lachner.

J. Danström.

Gounod.

Ed. Kremer.

Beethoven.

Allard.

Jul. Otto.

Billets zu nummerirten Sitzen à 1,50, zu Steh-
plätzen à 1,00 zu haben bei Herrn Schachschneider

Ed. Bote & G. Bock.

Für mein Eisen- u. Eisenwaren-
Geschäft suche ich

einen Lehrling,
Kind anständiger Eltern, unter
gewissen Bedingungen zum so-
fortigen Antritt oder per 1. April

Philippe Badt,
Grätz.

Einen Lehrling
für unser Leinen- und Baumwoll-
waren-Fabrikationsgeschäft suchen

zum sofortigen Antritt
Gebr. Hauptmann, Breslau.

Für mein Kurz- und Schnitt-
waren-Geschäft suche ich zum so-
fortigen Antritt oder per 1. April c.

einen Commiss
und einen Lehrling.

A. Goślinski,
Waßmerstraße Nr. 25.

Eine erfahrene Kindergärtnerin
mit guten Zeugnissen wird
per 1. April gesucht. Näheres Wil-
helmsstraße 8 bei Engelmann.

Lehrmädchen
für seine Damer-schneiderei wollen
sich melden

Neuer Markt 9, 1. Etage.
Dom. Dzialyn b. Giesen eng.

einen deutschen
Inspектор

vom 1. April cr. ab mit Gehalt
600 Mk. und Tantieme. Meldungen
schriftlich mit Abschrift d. Zeugnisse.

Schafmeister, faulstähig, f. a.
e. gr. Gute v. 1. Juli Stellung. J.
Bluttschlag u. Lupino Garant., d.
Dreher w. gehetzt, die Züchtung a.
Wunsch eigenhändig. Öfferten 44
an die Exped. d. Itg.

Ein erfahrenes Mädchen, in ge-
setzten Jahren, mit guten Altersken-
nen, welche die keine Kücke gründlich ver-
steht, sucht sofort Stell. als Kochin.
Gütige Öfferten werden erbeten bei
Haushälter Spiker, Mühlstraße 26.

Für ein. ober- und untergärbige
Brauerei werden zum 1. April cr.

2 Lehrlinge
gesucht. Geil. Öfferten unter 0.0.
befördert die Exped. d. Itg.

Ein faulstähig
Ziegelmeister,

mit allen Defen vertraut, sucht
Stellung. Öfferten postlagernd
Obersieko R. N. Nr. 300.

Neuer israelitischer Verein für Krankenpflege und Leichenbestattung.

Eine
Gedenk- und Seelenfeier
für die hingeschiedenen Mitglieder unseres
Vereins findet am

Donnerstag, den 19. Februar c.,
Abends 5¹/₄ Uhr,

im Tempel der israelitischen Brüder-Gemeinde
statt.

Posen, den 17. Februar 1880.

Der Vorstand.

Sämmtliche Formulare

für die

Landgerichte, Staatsanwaltschaften,

Amtsgerichte, Amtsgerichte und

Gerichtsvollzieher,

sowie

für die Kataster-Amter

werden stets vorrätig gehalten in der

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.,

Posen.

Am 14. d. Mts., Abends, ist der

Regierungs-Bureau-Diätor

Franz Schildkopf

im Hause seiner Eltern zu Forsthaus
Dambitsch bei Reisen nach kurzem
Krankenlager verstorben.

Wir verlieren in dem Dahingeschie-
denen einen guten Collegen und wird
sein Andenken bei uns stets in Ehren
bleiben.

Posen, den 17. Februar 1880.

Die Subaltern-Beamten
der hies. Kgl. Regierung.

Naturwissenschaftlicher Verein.

Donnerstag den 19. Februar,

Abends 8 Uhr,

in der Aula der Realschule:

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn

Prof. Szasarkiewicz:

"Einfluss des baltischen
Landrückens auf unsere
Alluvial-Gebilde."

Eintrittskarten in der Reh-
feld'schen Buchhandlung.

Bestellungen in grösseren Quant-
itäten auf Birken-Schirholz, Epen-
Nussholz in Stämmen, ferner Tele-
graphenstangen, geschnittenne fieber-
Bau- und Ziegelholz, Dach- und
Doppellatten nimmt franko Bahnhof
Binnew und Ostrowo zu soliden
Preisen entgegen.

Boas Fraenkel,

Ostrowo.

Stadttheater.

Mittwoch, den 18. Februar 1880:

17. Vorstellung im 5. Abonnement.

Rolf Berndt.

Schauspiel in 5 Akten von G. zu
Putlitz.

Die Direktion.

Polnisches Theater.

Mittwoch, den 18. Februar:

Zum zweiten Male:

Fatinitza.

Oper in 3 Akten von Suppé.
(Neue Ausstattung.)

B. Heilbronn's

Volksgarten-Theater.

Mittwoch, den 18. Februar cr.:
Die Frau in Weiß.

Drama in 3 Abtheil. (5 Akten).

Donnerstag, den 19. Februar cr.:
Beneszs für Herrn J. Augustin.

Die Maschinenbauer

von Berlin.

Die Direktion. B. Heilbronn.

CONCERT

gegeben von

Dr. Hans

von Bülow

Donnerstag, den 9. März 1880,

Abends 7^½ Uhr,

im Lambert'schen

Concert-Saale.

Programm bringt die Zeitung.

Billets zu nummerirten
Sitzen à 3 Mark sind
von heute ab zu haben in der
Hof-Buch- und Musikalien-
Handlung der Herren

Ed. Bote & G. Bock.

Hiermit fühlen wir uns verpflichtet,
dem hiesigen Kaufmann Herrn

Benjamin Blaček und dessen Che-
frau für ihre bei Gelegenheit des

Ausscheidens aus der jüdischen Ge-
meinde an den Tag gelegten huma-
nen Gefinnungen öffentlich Dank zu
sagen.

Nicht nur mit reichlichen Gaben

wurden die jüdischen Armen von

ihnen unterstützt, sondern auch ein

Kapital von 1500 Mark fundirt, de-
ren Zinsen alljährlich zur Verthei-
lung an hiesige jüdische Hilfsbedürf-
tige kommen sollen. — Ebenso wurden
von ihnen unsere sämtlichen Ge-<br